

9/1999

Rot-grünes Chaos in Bonn und ein Kanzler auf Reisen

In den letzten Tagen ist viel passiert: ● Bundesfinanzminister Lafontaine hat auf alle politischen Ämter verzichtet. ● Die Europäische Kommission ist zurückgetreten. ● Die Union hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt.

Die Ereignisse zeigen: ● Das Scheitern der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung Schröder, ● die wirkungsvolle Kontrolle des europäischen Beamtenapparats durch das Parlament in Straßburg und ● die Richtigkeit der von der Union vertretenen Grundauffassung „Integration Ja – doppelte Staatsangehörigkeit Nein“.

Wolfgang Schäuble: In wenig mehr als 100 Tagen hat das rot-grüne Bündnis ein bislang nicht gekanntes Chaos angerichtet. Die Verantwortung dafür trägt nicht nur der zurückgetretene Finanzminister, sondern die ganze Regierung und insbesondere Bundeskanzler Schröder. (Seite 3)

Günter Rinsche: Der Rücktritt der 20 EU-Kommissare ist Teil eines Selbstreinigungsprozesses, der uns jetzt die Chance eröffnet, die Kommission transparenter, effizienter und bürgernäher zu gestalten. (Seite 14)

Der Bundesvorstand nach Beratungen am 15. März: Mit einem umfassenden Integrationskonzept spricht sich die Union für eine moderne Gesamtrevision unseres Staatsangehörigkeitsrechts aus, in dem die doppelte Staatsangehörigkeit auf begründete Ausnahmen beschränkt bleibt. (Seite 4)

HEUTE AKTUELL

● Lafontaine-Rücktritt

Wolfgang Schäuble: Schröder und kein neuer Anfang. Seite 7

Angela Merkel: Die Konsequenz einer großen Zerrissenheit. Seite 9

● Europäische Kommission

Hans-Gert Pöttering: Ein Schritt zur Parlamentarisierung der EU. Seite 15

Angela Merkel: Die aufgedeckten Mißstände dürfen sich nicht wiederholen. Seite 16

● Agenda 2000

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr: Existenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nachhaltig gefährdet. Seite 17

Reimer Böge: Ein Durchbruch nach unten. Seite 18

● Waffengesetz

Waffenrechtsnovelle in Übereinstimmung mit den Verbänden. Seite 22

● Europäische Währung

Gute Gründe für einen stabilen Euro. Seite 25

● Dokumentation

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts. Die Eckwerte des Unionsentwurfs. Grüner Teil

Kurz & gut

Spitzenkandidat in Brandenburg

Mit 104 von 115 Stimmen hat die CDU Brandenburg ihren Landeschef Jörg Schönbohm zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 5. September gewählt. „Unser Ziel ist es,“ so Schönbohm nach seiner Wahl, „die absolute Mehrheit der SPD im Land zu brechen.“

Wahlsieg in Kaiserslautern

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Kaiserslautern hat sich der CDU-Kandidat Bernhard Deubig gegen den SPD-Amtsinhaber Gerhard Piontek durchgesetzt. Deubig, bisher Bürgermeister in Kaiserslautern, erzielte bei der Direktwahl 50,7 Prozent der Stimmen. Der nach Meinungsumfragen als Favorit angetretene SPD-Kandidat kam nur auf 30,4 Prozent der Stimmen.

Bereits im ersten Durchgang

hat sich am 28. Februar mit 53 Prozent der Stimmen Bernd Röttger als neuer Landrat im Rheingau-Taunus-Kreis gegen den SPD-Konkurrenten durchgesetzt, der lediglich auf 40,7 Prozent der Stimmen kam. Der CDU-Politiker aus Hünsteden, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion und Leiter der Abteilung Kommunikation beim Frankfurter Umlandverband, wird sein Amt am 5. Juli antreten.

Anwalt für die Belange der Aussiedler

und Spätaussiedler ist und bleibt die CDU. Das haben auf einer Aussiedlerkonferenz Generalsekretärin Angela Merkel und die Aussiedlerbeauftragte der CDU, Eva-Maria Kors, erklärt: „Im Mittelpunkt unserer Bemühungen werden auch weiterhin die schnelle Eingliederung und die dazu erforderlichen Hilfen stehen.“

Die Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft erhalten!

„Wir stehen hinter Ihnen und unterstützen Ihr Anliegen!“ Mit diesen Worten hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich

Merz, im Konrad-Adenauer-Haus einer Abordnung von Beschäftigten in der Energiewirtschaft Hilfe zugesagt. Um die Gefährdung von Tausenden von Arbeitsplätzen

abzuwenden – und zwar weit über die 40.000 Arbeitsplätze allein in den deutschen Kernkraftwerken hinaus – sind am 9. März die Belegschaften betroffener Be-

triebe zu einer Demonstration gegen die Schröder-Regierung nach Bonn gekommen. Die zentralen Forderungen auf ihren Transparenten: ● ein wettbewerbs-

fähiges und umweltfreundliches Energiekonzept und: ● Arbeitsplätze und Energieversorgung dürfen nicht zum Spielball ideologischer Interessen werden.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
9**

Nur noch 23 Prozent der Bürger waren Anfang März der Meinung, daß Rot-Grün die Arbeitslosigkeit senken kann. Drei Viertel der Befragten glauben nicht mehr daran.

nach: Infratest dimap

Dagmar Schipanski über die Art und Weise unseres Zusammenlebens

„Ins Gespräch kommen“ – diese drei Worte ziehen sich durch die Rede der Unionskandidatin für das Amt des Bundespräsidenten anlässlich des ersten „Berliner Gesprächs“, das am 8. März im Foyer der Dresdner Bank am Pariser Platz stattfand. Die Worte passen zum Titel der Reihe und zur Beschreibung dessen, was auch im Mittelpunkt der folgenden „Berliner Gespräche“ der CDU stehen wird.

Dagmar Schipanski: „Wenn wir vorankommen wollen, brauchen wir eine Verständigung in Staat und Gesellschaft über Prioritäten, über Werte und Veränderungsnotwendigkeiten.“

Nicht einmal 300 Tage vor Beginn des neuen Jahrhunderts erinnert die Professorin an die Überwindung von zwei Diktaturen in Deutschland, an die großartige Aufbauleistung nach dem Krieg im Westen und an die friedliche Revolution in Ostdeutschland, aber auch an die grundlegenden Veränderungen, die vor uns liegen und deren Wirkung weit in das 21. Jahrhundert hineinreichen wird. Stichworte: Globalisierung, Zeitenwende, Wissensgesellschaft.

„Dramatische Veränderungen“ – so Dagmar Schipanski „können bei Menschen zwei verschiedene Emotionen auslösen: Begeisterung und Fas-

zination einerseits, Beklemmung und Angst andererseits. Umso wichtiger, daß Untergangsprophezie, die in historischen Zeitenwenden besonders gefragt sind, bei uns keine Chancen haben, sondern daß die neuen Antworten, die wir finden werden, wenn wir nur gemeinsam nach ihnen suchen, Orientierung und Geborgenheit geben.

Vier Punkte stellt Dagmar Schipanski als besonders wichtig heraus:

- Wir brauchen mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander und den Mut, die Realitäten so zu beschreiben, wie sie sind.
- Wir müssen Prioritäten setzen und daraus unsere Ziele ableiten.
- Wir müssen das gesamte Potential ausschöpfen, über das wir verfügen.
- Wir brauchen mehr Mut, neue Wege zu gehen. Wer Neues entdecken will, muß Neuland auch betreten.

Und schließlich noch eins: ● Freiheit ● Gerechtigkeit ● Leistung ● Toleranz – Fragen im Zusammenhang mit diesen Grundwerten sind kein abstraktes philosophisches Problem. Die Antworten darauf entscheiden „über die Art und Weise unseres Zusammenlebens“.

Schweren Schaden

hat Wolfgang Clement dem Land Nordrhein-Westfalen zugefügt. Der überraschende Rücktritt von Justizminister Rauball nur wenige Tage nach seiner Ernennung ist nach den Worten des CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers ein

neuer Beweis für die Unüberlegtheit, mit der der SPD-Ministerpräsident Entscheidungen gegen eindringliche Warnungen durchsetzt. CDU-Fraktionsvorsitzender Laurenz Mayer: Unprofessionalität ist einmal mehr der eigentliche Skandal.

Abgabe an die Tradition

„Das schnoddrige Wegwischen“ der „Dresdner Erklärung“ der SPD gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS hat die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan kritisiert. Die PDS „demokratisch salonfähig“ machen und Unzuverlässigkeit zum Prinzip erheben, „bedeutet eine Abgabe an die Tradition der SPD“, sagte die Professorin, die der SPD-Grundwertekommission angehört. Mit der Angst, ohne die Hilfe der PDS Pründe zu verlieren, werde die SPD nicht weit kommen.

Wolfgang Schäuble auf einer Pressekonferenz im KAH:

Ein Neuanfang erfordert auch einen Politikwechsel

1. Der Rücktritt von Oskar Lafontaine markiert das Scheitern der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung Schröder. In wenig mehr als 100 Tagen hat das rot-grüne Bündnis ein bislang nicht gekanntes Chaos in der Steuer- und Abgabepolitik angerichtet. Der sich noch 1998 kontinuierlich verstärkende Aufschwung von Arbeitsmarkt, Investitionsbereitschaft und Wirtschaftswachstum ist abgebrochen; die Perspektiven für Deutschland sind schlechter geworden als in vergleichbaren europäischen Nachbarländern. Dafür trägt nicht nur der zurückgetretene Finanzminister die Verantwortung, sondern die ganze Regierung und insbesondere Bundeskanzler Schröder, der in der letzten Kabinettsitzung eingeräumt hat, daß die Politik seiner Regierung gegen die wirtschaftliche Entwicklung gerichtet ist.

2. Ein Neuanfang kann sich nicht auf einen Personalwechsel beschränken, sondern erfordert einen Politikwechsel. Als erster Schritt dazu dürfen die im Bundestag am 3. und 4. März durchgepeitschten Steuer- und Abgabengesetze nicht in Kraft treten, sondern müssen korrigiert werden. Das ist möglich, wenn der Bundesrat am 19. März die Gesetze nicht passieren läßt. Die CDU fordert die SPD auf, die Gesetze im Bundesrat zu stoppen oder in einem Vermittlungsverfahren grundlegenden Korrekturen zu unterziehen. Die CDU ist bereit, daran konstruktiv mitzuwirken.

3. Nachdem der am 7. Februar abgewählte Hessische Ministerpräsident Eichel zum Bundesfinanzminister nominiert ist,

wäre ein Durchziehen der Gesetze im Bundesrat vor der Konstituierung des neugewählten Hessischen Landtags demokratisch doppelt fragwürdig: Soweit im Bundesrat Länderinteressen vertreten werden, kann ein designiertes Mitglied der Bundesregierung doch nicht über die Stimmen eines Bundeslandes gegen den politischen Willen der neugewählten Mehrheit verfügen.

4. Die CDU fordert insbesondere auch die ostdeutschen Landesregierungen auf, im Bundesrat Gesetzen nicht zuzustimmen, die von der Braunkohle über die Berufspendler bis zur Bauwirtschaft in spezifischer Weise die Belange der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern beschädigen.

5. Die Bundesregierung hat selbst in dem Gespräch mit Vertretern der Energiewirtschaft eingeräumt, daß die Zahlenbasis der im Bundestag beschlossenen Gesetze zumindest fragwürdig ist. Anders macht die von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe, die bis Ostern Klarheit über die finanziellen Auswirkungen schaffen soll, keinen Sinn. Auch von daher verbietet sich eine Verabschiedung der Gesetze vom 19. März. Ohne eine Kurskorrektur im laufenden Gesetzgebungsverfahren wird alles Gerede von einem Neuanfang der Regierung Schröder als hohl widerlegt.

6. Mitte, aus der heraus nur die notwendigen Innovationen dauerhaft zu gestalten sind, ist nicht ein Ort der Beliebigkeit, sondern der wertorientierten Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit. Für die CDU ist „Arbeit für

Doppelte Staatsbürgerschaft auf begründete Ausnahmen beschränkt

1. Die Richtigkeit der von der Union vertretenen Grundauffassung „Integration Ja – doppelte Staatsangehörigkeit Nein“ wird durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts und der damit vorgenommenen Abkehr von bisherigen Positionen bestätigt. Der Entwurf genügt aber den Anforderungen einer modernen Integrationspolitik nicht. Der Entzug der mit der Geburt erworbenen Staatsangehörigkeit nach Vollendung des 23. Lebensjahres stößt auf schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken. Darüber hinaus nährt Rot-Grün den Verdacht, daß mit diesem Entwurf, der als „1. Schritt“ bezeichnet wird, durch die Hintertür doch die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit eingeführt werden soll. So lange diese Besorgnis nicht ausgeräumt ist, wird die Union ihre Unterschriftenaktion fortsetzen.

2. Die Union legt ein umfassendes Integrationskonzept vor mit einer modernen Gesamtrevision unseres Staatsangehörigkeitsrechts. Die doppelte Staatsangehörigkeit bleibt daher auf begründete Ausnahmen beschränkt. Wir wollen für Kinder und Jugendli-

che eine Einbürgerungszusicherung einführen. In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder können bei Volljährigkeit entscheiden, ob sie die deutsche oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern haben wollen, ohne daß

Erklärung des CDU-Bundesvorstands

sie bis zur Volljährigkeit irgendwelche Nachteile im Vergleich zu Kindern deutscher Eltern haben. Darüber hinaus wollen wir die Einbürgerung insbesondere von jungen Menschen erleichtern.

3. Für eine erfolgreiche Integrationspolitik, eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben in unserem Land, ist eine breite Zustimmung der Bevölkerung und damit ein Konsens der großen politischen Strömungen notwendige Voraussetzung. Die Union wird dazu ihren Beitrag leisten. Grundlage aller Beratungen muß dabei die Frage sein, auf welchem Weg die Bereitschaft deutscher wie ausländischer Wohnbevölkerung für eine wirkliche Integration unter Vermeidung verfassungsrechtlicher Risiken am besten gewonnen werden kann.

alle“, die Chance auf Teilhabe aller Menschen an ökonomischer wie sozialer Kommunikation, vorrangige Aufgabe der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im Zeitalter der Globalisierung. Dazu muß Wachstum und Beschäftigung Vorrang eingeräumt und die Kräfte von Anpassung und Innovation gestärkt werden. Das geht

weder durch zentralistische Verteilungsbürokratie noch durch gesellschaftliche Großkartelle, sondern nur mit mehr Dezentralisierung und Subsidiarität, weniger Steuern, Bürokratie und Abgaben und mehr Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein in allen Schichten der Bevölkerung.

Wolfgang Schäuble:

Wir sind gesprächsbereit

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat dem Südwestfunk für die Sendung „Tagessgespräch“ zur Diskussion um eine Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts folgendes Interview gegeben:

Frage: Im Streit um die Reform dieses immerhin schon 85 Jahre alten Rechts scheint sich eine Lösung anzubahnen. SPD und Grüne und FDP sind offenbar nahe am Kompromiß. Und Sie haben ausdrücklich für Ihre Partei die Bereitschaft erklärt, Verantwortung zu übernehmen. Was heißt das denn genau in diesem Zusammenhang?

Wolfgang Schäuble: Zunächst einmal ist es so: Wir werden einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts im Bundestag einbringen. Da wird gerade noch an den letzten Formulierungen gearbeitet, aber die Grundzüge haben wir ja in dem Integrationskonzept vorgestellt, das unter der Federführung von Jürgen Rüttgers erarbeitet worden ist. Dann habe ich gesagt, wenn die Regierung wünscht – bisher hat sie den Wunsch nicht geäußert –, daß sie eine Mehrheit nicht nur mit Herrn Brüderle in Rheinland-Pfalz und Herrn Holter in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zusammenkriegt, sondern wenn sie eine wirklich breite Mehrheit zustande bringen will, dann sind wir natürlich bereit, mit der Regierung darüber zu reden, welches der bessere Weg ist, um wirklich Integration der auf Dauer bei uns lebenden ausländischen Mitbürger zu erreichen. So lange vertreten wir unseren Gesetzentwurf.

Frage: Regierungskoalition und FDP sind sich offenbar einig darüber, daß

alle hier geborenen ausländischen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen, sich dann aber ungefähr Anfang 20 für eine Nationalität entscheiden müssen. Das wäre sozusagen der befristete Doppelpaß. Akzeptabel für die CDU?

Wolfgang Schäuble: Wir halten unsere Regelung für besser, daß wir sagen, bis sie volljährig sind, haben sie keinerlei Nachteile, wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Sie bekommen die entsprechenden Ausweispapiere und alle anderen Rechte auch, die Jugendliche haben. Wenn sie volljährig sind, sollen sie sich für eine der Staatsangehörigkeiten entscheiden. Aber wir müssen dann nicht – das ist nämlich der Nachteil dieses Modells – vorläufig doppelte Staatsangehörigkeit einräumen, um dann eine Staatsangehörigkeit hinterher zu entziehen. Das ist doch viel schwieriger. Es ist doch besser zu sagen, ihr trifft selbst die Entscheidung, welche Staatsangehörigkeit, wenn ihr volljährig seid, und bis dahin habt ihr alle Rechte. Das ist das Institut der Einbürgerungszusage, auf der unser Gesetzentwurf aufbaut. Da würde ich gerne eine sachliche Debatte mit der Regierung führen, und ich glaube, wir könnten die Regierung in einem Sachgespräch überzeugen. Unser Weg ist der integrationsfreundlichere.

Frage: Wenn Sie mal daran denken, daß auch Teile Ihrer Fraktion ja seit langem für ein modernes Staatsbürger-schaftsrecht plädieren, worüber wären Sie denn bereit zu sprechen mit der Regierungskoalition und der FDP?

Wolfgang Schäuble: Ich sage ja, wir sind zunächst einmal bereit, über alle Fragen zu sprechen, wenn man mal ernsthaft über die Sache redet und nicht über irgendwelche Sandkastenspiele, die man den Grünen leichtfertig in der Koalitionsvereinbarung zugestanden hat, obwohl die SPD selber, wie sie ja offen zugibt, gar nicht sehr dafür gewesen ist. Man muß da mal von der Sache her argumentieren. Was ist die richtige Lösung, um die Integration der Menschen, die auf Dauer hier leben, zu fördern und zugleich – das gehört nämlich zur Integration – das Verständnis der deutschstämmigen Bevölkerung für dieses Integrationsanliegen zu gewinnen?

Wenn ich eine Lösung mache, wie Rot-Grün, wie es die Regierung Schröder bisher vorhat, die auf den Widerstand von drei Vierteln der übrigen Bevölkerung stößt, dann fördert das ja im Ergebnis nicht Integration, sondern das Gegenteil.

Frage: *Die Grünen wollen Verbesserungen für die Ausländer der ersten Generation, also Doppelpaß für Ausländer, die hier seit Jahrzehnten leben. Können Sie sich Ausnahmeregelungen auch für diese Bevölkerungsgruppe nicht vorstellen?*

Wolfgang Schäuble: Wenn es im Einzelfall Gründe gibt bei der Einbürgerung eines Menschen, daß jemand seine bisherige Staatsangehörigkeit aus guten Gründen behält – das ist ja bisher schon nach dem geltendem Staatsangehörigkeitsrecht mög-

lich –, darüber kann man natürlich reden, welche begründeten Ausnahmen richtig sind. Es geht aber darum, daß man nicht die Tatsache des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit so entwerten darf, daß damit überhaupt keine Entscheidung für Integration mehr verbunden ist.

Deswegen haben wir ja gesagt, die regelmäßige doppelte Staatsbürgerschaft ist falsch. Über einzelnen Ausnahmen in begründeten Fällen kann man natürlich reden.

Frage: *Für wie groß halten Sie im Augenblick wirklich die Chance, daß ein Kompromiß zustande kommt, unter dessen Dach sich Koalition und Opposition zusammenfinden können?*

Wolfgang Schäuble: Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. In die Debatte ist Bewegung gekommen, weil wir mit unserer Aktion, Integration ja, doppelte Staatsangehörigkeit nein, ja eine solche Zustimmung erreicht haben, übrigens auch bei SPD-Anhängern. Insofern haben wir uns durchgesetzt. Jetzt heißt es aber von Regierungsseite, wir brauchen die Opposition nicht, wir reden gar nicht mit denen.

Solange sie erklären, sie wollen nicht mit uns reden, reden wir halt nicht. Wenn sie erklären, sie wollen mit uns reden, dann reden wir auch. Deswegen kann ich Ihnen die Frage nicht beantworten. Da müssen Sie Herrn Schröder fragen, ob die mit uns reden wollen oder nicht. Wir bringen jeden- falls unseren eigenen Gesetzentwurf ein.

CDU-Bürgermeister Hoffmann wiedergewählt

Als Bürgermeister für die nächsten acht Jahre ist in der saarländischen Gemeinde Perl Anton Hoffmann wiedergewählt worden. Der 57jährige CDU-Politiker setzte sich mit 70,8 Prozent der Stimmen gegen die Verwaltungsangestellte Doris Petzinger von der SPD durch, die auf 29,2 Prozent der Stimmen kam. Die Bürgermeisterwahl in Perl war die erste Wahl im Saarland nach dem Rücktritt des SPD-Politikers Oskar Lafontaine.

Wolfgang Schäuble:

Schröder und kein neuer Anfang

Noch keine fünf Monate ist die rot-grüne Regierung Schröder im Amt, da tritt der Finanzminister und SPD-Vorsitzende Lafontaine von allen politischen Ämtern zurück, da droht der Kanzler selbst mit Rücktritt, da steckt der grüne Koalitionspartner in einer tiefen Krise und ist zu einer klassischen Umfallerpartei geworden, und das alles vor dem Hintergrund eines unbeschreiblichen Chaos, das in dieser kurzen Zeit zum Schaden unseres Landes schon angerichtet worden ist.

Daß die Regierung Schröder gescheitert ist, wird durch den Knalleffekt des Lafontaine-Rücktritts für jedermann sichtbar. Aber niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß es nun nur besser werden könnte. Der Fisch stinkt vom Kopfe her. Die Verantwortung für das angerichtete Chaos trägt nicht Lafontaine, sondern der Kanzler. Und es war schon ein bemerkenswerter Vorgang, daß Schröder – von niemandem dementiert – im Bundeskabinett eingestanden hat, die Politik seiner Regierung sei wirtschaftsfeindlich und gegen die Mehrheit der Menschen gerichtet, kurz, sie habe dem Land geschadet.

Welche Politik will Schröder?

Bundestkanzler Schröder hätte für eine andere, bessere Politik sorgen müssen. Er hat sie den Wählern ja versprochen. Aber wer lieber telegenen Müßiggang pflegt und stundenlang als Dressman der Nation posiert, hat wenig Zeit zum Regieren. Und selbst wenn er sie hätte: Welche Politik will Schröder denn eigentlich? Das Regierenschaus ist doch gerade deshalb entstanden, weil Bundeskanzler Schröder kei-

ne politische Substanz hat. Er läßt die anderen werkeln, um sie dann zu rüffeln, abzuwatschen und nach Lust und Laune die Vorlagen der Minister zu stoppen, zu ändern und nach Wiedervorlage erneut zu ändern. Von Richtlinienkompetenz keine Spur, weil Schröder keine Linie hat.

Was diese Regierung auch anpackt, es geht schief und die Ergebnisse sind schädlich. Das gilt insbesondere für die Gesetze zur sogenannten „ökologischen Steuerreform“ und zu einer Steuerreform mit dem Namen „Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002“. Die Prognosen der Experten sind eindeutig: Die Arbeitslosigkeit wird steigen, für die Umwelt wird nichts erreicht und die sozial Schwachen werden benachteiligt.

Unverantwortlich und rücksichtslos...

ist das vor allem gegenüber den neuen Bundesländern, wo die Auswirkungen dieser „Reformprojekte“ besonders dramatisch sind und die Anstrengungen beim Aufbau Ost geradezu sabotieren. Die Bauwirtschaft, ohnehin Sorgenkind der konjunkturellen und der Arbeitsmarktentwicklung im Osten, wird durch die neuen steuerlichen Regelungen nachhaltig beschädigt. Und bei der Energieversorgung mit heimischer Braunkohle sind durch die Schröder-Vorhaben Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet und die Großbetriebe, die gerade mit bewundernswerten Anstrengungen ihre Umstrukturierung bewältigt haben, in ihrer Existenz bedroht.

Am erstaunlichsten ist nun, daß die Regierung selbst zugibt, bei der Belastung der Industrie von falschen Zahlen ausgegangen zu sein. Nun soll eine Arbeitsgruppe

bis Ostern die richtigen suchen. Dann kann es aber doch nicht wahr sein, daß der Bundesrat schon in der kommenden Woche ein Gesetz mit falschen Zahlen endgültig verabschiedet. Ich fordere den Bundesrat nachdrücklich auf, das Steuergesetz zu stoppen, um einen neuen Anlauf in der Steuerreform zu ermöglichen. Mindestens aber muß der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrufen. Denn nur dort kann der Schaden noch repariert werden. Das muß auch im ureigenen Interesse der SPD-Ministerpräsidenten aus den neuen Ländern liegen, wenn sie nicht dem Tod der ost-deutschen Braunkohle zustimmen wollen.

Unglaublicher Verstoß

Wenn die Regierung bei ihrer Absicht bleibt, die Steuerreform in der kommenden Woche durch den Bundesrat zu peitschen, wäre das außerdem ein unglaublicher Verstoß gegen jeden verfassungspolitischen Anstand. Die hessische Landesregierung ist am 7. Februar abgewählt worden. Sie hat keinerlei Legitimation mehr, umstrittenen Gesetzen im Bundesrat zuzustimmen. Der Wahlverlierer und noch amtierende Ministerpräsident Eichel wird als Bock zum Gärtner, nämlich Bundesfinanzminister. Welchen Hut er auch am 19. März aufhaben mag, er ist doppelt delegitimiert, mit den hessischen Stimmen der sogenannten Steuerreform im Bundesrat zum Durchbruch zu verhelfen.

Arbeitsplätze werden vernichtet

Die Steuerreform vernichtet Arbeitsplätze, die Ökosteuer hilft der Umwelt nicht und führt zu neuen Wachstumsverlusten und finanziellen Belastungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ganz zu schweigen von der sozialen Ungerechtigkeit gegenüber Rentnern, sozial Schwachen, Familien mit Kindern, Berufspend-

Das Ende ist genauso wie der Anfang

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, erklärte zum Rücktritt von Oskar Lafontaine:

Lafontaine ist ein Mann des politischen Handstreichs und kein Mann der kontinuierlichen und sachlich ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Rücktritt stürzt die Regierung Schröder in eine tiefe Krise. Die SPD steht am Rande der Spaltung.

Jetzt wird sich zeigen, ob die sozialistischen Traditionalisten oder die angeblichen „Modernisierer“ in der SPD den Kurs bestimmen.

lern, die sich gegen steigende Strompreise, steigende Heizungspreise, steigende Benzinpreise nicht wehren können. Auch hier gibt es wieder eine spezielle Variante-Ost: In den neuen Ländern wirken sich die Belastungen besonders katastrophal aus, denn die Belastungen mit Benzin- und Heizungskosten sind höher und die Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen niedriger als in Westdeutschland.

Schröder kann es nicht

Bundeskanzler Schröder hat der deutschen Öffentlichkeit im Wahlkampf und danach eine „Große Steuerreform“ versprochen, die Rahmenbedingungen für Investitionen und mehr Beschäftigung verbessern sollte. Nach dem verheerenden Urteil aller Experten wird das verabschiedete sogenannte Steuerentlastungsgesetz genau das Gegenteil bewirken. Daran ändert weder der Rücktritt Lafontaines etwas noch ein neuer SPD-Vorsitzender Schröder. Ändern kann das nur eine neue Politik. Die Regierung Schröder hat bewiesen: Sie kann es nicht. ■

Generalsekretärin Angela Merkel:

Die Konsequenz einer großen Zerrissenheit

Frage: Ist der Rücktritt Lafontaines für die CDU ein Grund zur Freude?

Angela Merkel: Nein, er ist die Konsequenz einer großen Zerrissenheit in der Regierung. Das schadet Deutschland, und bereitet uns keine Freude. Es ist eine Niederlage für Gerhard Schröder. Er hat die Instabilität in der Regierung zu verantworten.

Frage: Lafontaine steht jetzt als Buhmann der Nation da.

Angela Merkel: Es ist falsch, Lafontaine allein die Schuld zuzuschreiben. Er hat den Wahlsieg von Gerhard Schröder erst möglich gemacht, indem er in der SPD für Geschlossenheit gesorgt hat. Jetzt wird er nach dem Motto behandelt: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Man gewinnt fast

den Eindruck, Schröder hat geradezu systematisch auf diesen Punkt hingearbeitet. Und das macht keinen guten Eindruck.

Frage: Welche Verantwortung trägt Schröder jetzt?

Angela Merkel: Es wird sich jetzt zeigen, wofür Herr Schröder steht. Er hat das verkorkste 630-DM-Gesetz fast allein entwickelt, er hat im Ausland durch sein Auftreten für Irritationen gesorgt. Also ich kann nicht finden, daß alles, was man an dieser Bundesregierung zu kritisieren hat, Herr Lafontaine zu verantworten hat. Schröder ist der Kanzler.

aus dem Interview der Generalsekretärin mit der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 13. März

Bitte sofort dem Deutschen Volk vorlegen!

ERBARMER			
Name, Vorname des Versicherten			
Gerhard Schröder		07.04.1944	
Kanzleramt		gültig am	
53106 Bonn			
Kassen-Nr.	Versicherten-Nr.	Status	
277 009W	34983/0023-54	1000001	
Vergütungs-Nr.	VK gültig bis	Datum	
10 341-0	02.01	11.03.99	

☒ Erstbescheinigung
 ☐ Folgebescheinigung

☒ Berufskrankheit
 ☐ Dem Durchgangsarzt zugewiesen

Arbeitsunfähig seit 27.09.98

Festgestellt am 11.03.99

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zur Vorlage beim Deutschen Volk

Dr. med. J. Bürger
Arzt für Allgemeinmedizin
August-Hebel-Allee
53175 Bonn

0228-544-0

Vertragsgültigkeit: Unterschrift des Arztes

CDU - Gesundheitsstelle, 53119 Bonn

Generalsekretärin Angela Merkel: Mit dem Datum vom 11. März ist „zur Vorlage beim deutschen Volk“ die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für einen Herrn Gerhard Schröder im Kanzleramt eingegangen. Wir haben auf einer Großfläche vor dem Konrad-Adenauer-Haus das eigentliche Dilemma nach dem völlig unerwarteten Amtsverzicht von Bundesfinanzminister Lafontaine auf eine möglichst knappe Formel gebracht und für die Wählerinnen und Wähler anschaulich gemacht.

Nach Lafontaines Rücktritt: Die Alternative der Union

Zum Rücktritt des Bundesministers der Finanzen, Oskar Lafontaine, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Der Rücktritt als Finanzminister ist der äußere Beweis für das Scheitern der Steuer-, Haushalts- und gesamten Finanzpolitik der Regierung Schröder. Schröder und Lafontaine haben die nationalen und internationalen Finanzmärkte irritiert; die – bis zum 11. März – negative Entwicklung des Deutschen Aktienindex im Vergleich zu anderen europäischen Indizes ist ein deutlicher Beweis dafür, ebenso der jetzt schlagartig gestoppte Kursverfall des Euro.

Mit den Unternehmern, die mehr Arbeitsplätze bereitstellen sollen, hat sich Lafontaine so sehr überworfen, daß er selbst nicht mehr an die Chancen einer weiteren Zusammenarbeit glaubte. Sein gleichzeitiger Rücktritt als SPD-Chef bestätigt darüber hinaus, daß Lafontaines nahezu ausschließlich binnenwirtschaftlich-nachfragebezogener Ansatz in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch programmatisch gescheitert ist.

Mit Lafontaine gescheitert

sind damit auch seine Stichwortgeber, vom Haushaltsdirektor bis zu den Staatssekretären. Sie müssen ausgetauscht werden. Vom Finanzministerium übernommene Teile müssen ins Wirtschaftsministerium zurück.

Nach dem Finanztableau vom 2. März zum Entwurf des „Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002“ wird der Bund 1999 100 Mio DM mehr – nicht weniger – einnehmen. Gleichzeitig soll ein Teil der Steuerzahler, nämlich insbesondere Fa-

milien mit Kindern um Milliardenbeträge begünstigt werden. Diese Steuergeschenke Lafontaines und Schröders werden finanziert durch Plünderungen bei Industrie und Mittelstand. Eine Entlastung der Betriebe erfolgt bis 2002 praktisch nicht. Das ist eine glatte Arbeitsplatzvernichtungsstrategie. Selbst wenn steuerliche Be- und Entlastungen eines Familienvaters im Saldo kaufkraftsteigernd spürbar werden sollten, wird sich die Freude darüber in engen Grenzen halten, wenn gleichzeitig der Arbeitsplatz in Gefahr gerät.

Auf dem Prüfstand

Die von Lafontaines schiefer Politikperspektive geprägten Steuergesetze – Ökosteuergesetz, Steuerentlastungsgesetz, Gesetz zur Regelung der 630-DM-Jobs – müssen jetzt ebenso auf den Prüfstand wie sein konsumlastiger Haushaltsentwurf.

Darin steigen die Gesamtausgaben um rd. 31 Mrd DM (6,8 vH), und zwar fast ausschließlich im konsumtiven Bereich. Der zweite (subventionierte) Arbeitsmarkt wird zu Lasten aller Steuer- und Beitragszahler aufgebläht. Die Linie ist klar: Rot-Grün bietet keine zusätzlichen Beschäftigungsimpulse für den Aufbau leistungsfähiger Dauerarbeitsplätze; statt dessen sollen Unternehmen und Arbeitnehmer mit zusätzlichen Milliardensummen im zweiten Arbeitsmarkt an staatliche Bevormundung und Gängelei gewöhnt werden.

Der BA-Zuschuß wäre mit gut 3 Mrd DM (statt 11 Mrd DM) ausreichend bemessen. Gleichzeitig müßte die unterveranschlagte Arbeitslosenhilfe um etwa 2 Mrd DM aufgestockt werden. 3,5 Mrd DM aus der Kürzung des BA-Zuschusses sollten zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme

Lafontaines Rücktrittsbeurteilung so falsch wie seine Finanzpolitik

Zur Begründung Oskar Lafontaines für seinen Rücktritt erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Das von Oskar Lafontaine gewählte Beispiel zur Begründung des „schlechten Mannschaftsspiels“ in der Regierung ist schlichtweg falsch: Der Mittelstand wird nicht, wie Lafontaine behauptet hat, durch „seine“ Steuerreform um 5 Mrd. DM entlastet. Vielmehr summieren sich bis zum Jahr 2002 rund 20 Mrd. DM als Belastung für die kleinen und mittleren Unternehmen. Lafontaine braucht sich nicht zu beschweren, daß in der Regierungsmannschaft über die Gefahr einer

wirtschaftsfeindlichen Politik nachgedacht wird. Seine Steuerpolitik ist wirtschaftsfeindliche Politik:

- Es war seine öffentlich erklärte Absicht, die Unternehmen zu belasten. Er ist durchdrungen von der alten, aber falschen Ideologie des Gegensatzes zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmern.
- Er hat im Bundesrat unsere Steuerreform blockiert, die alle Experten für richtig hielten.
- Er hat jetzt seine eigene Steuerreform im Bundestag durchgepeitscht, die alle Experten für falsch halten.
- Er hat eine sogenannte Ökosteuerreform durchgesetzt, die der Umwelt gar nichts nützt, sondern nur abkassiert.

(NKA) und 1,5 Mrd DM zur Aufstockung investiver Ausgaben mit hoher Beschäftigungswirkung (z.B. Straßenbau, Städteanierung und Wettbewerbshilfe für Werften) Verwendung finden.

Wo Familien und Kinder konkreten Bedarf haben, wird von der rot-grünen Regierung gekürzt, beim Wohngeld um 95 Mio DM, bei der Stiftung „Mutter und Kind“ um 10 Mio DM. Beim sozialen Wohnungsbau werden 13 Mio DM abgesetzt. Auch beschäftigungsintensive Investitionen werden im rot-grünen Haushaltsentwurf deutlich gekürzt, z.B. die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ um 91 Mio DM, der Bundesfernstraßenbau um 175 Mio DM. Diese Kürzungen will die Union rückgängig machen. Für Straßenbau sollen 300 Millionen und für Städtebauförderung im Interesse der erlahmenden Baukonjunktur weitere 300 Mio DM bereitgestellt werden.

Steigende Angaben

Die „Globale Mindereinnahme“ von 2 Mrd DM muß vollständig gestrichen werden, so daß die NKA um weitere 2 Mrd DM sinkt. Eine NKA in der Nähe von 50 Mrd DM ist möglich und sollte von allen verantwortungsbewußten Haushaltern angestrebt werden. Mittelfristig muß es das Ziel sein, die NKA auf Null zu bringen. Der rot-grüne Regierungsentwurf weist eine steigende Ausgaben-, Steuer- und Soziallast bei sinkender Investitionsquote aus; der Bund muß statt dessen Investitionen erleichtern und stützen, die unter Stoltenberg begonnene Konsolidierung fortsetzen und strukturell die richtigen Grundentscheidungen treffen.

Sonst bleibt es beim Abschwung. In der kommenden Woche müssen im Bundesrat die drei Steuergesetze gestoppt und eine haushaltspolitische Grundsatzdebatte um den richtigen Weg geführt werden. ■

Kommentare

Scherbenhaufen

Lange hat er geschwiegen – jetzt die Abrechnung. Die Breitseite, die Lafontaine in wohl dosierten Worten an die Adresse seiner Ex-Kollegen in der Regierung und vor allem an die von Kanzler Schröder abfeuert, ist zugleich das Dokument einer großen Verbitterung, das Psychogramm eines Mannes, der vor seinem politischen Scherbenhaufen steht.

„Ohne ein gutes Mannschaftsspiel kann man nicht erfolgreich sein“, klagt er. Wohl wahr. Aber genauso richtig ist, daß Lafontaine selbst durch viele eigenwillige Fehlpässe sein Team in akute Abstiegsgefahr gebracht hat. Da reicht es nicht, auch persönliche Fehler einzuräumen.

Express

Lafontaines Staatsflucht

Die nachgeschobene Erklärung Oskar Lafontaines über sein Verschwinden läßt Fragen offen. Ein Bundesminister kann sein Amt nicht aus freien Stücken aufgeben, wie Lafontaine jetzt glauben macht. Rücktritt kennt das Grundgesetz nicht, einen, mit dem ein Minister den Kanzler überrascht, schon gar nicht. Für eine Trennung gibt es drei förmlich Wege: Der Kanzler kann dem Bundespräsidenten einen Minister (auch gegen dessen Willen) zur Entlassung vorschlagen. Ein Minister kann den Rücktritt lediglich anbieten oder darum ersuchen. Der Kanzler kann dazu ja oder nein sagen. Sein Ermessen setzte jedoch die Kenntnis der Gründe für den Wunsch des Ministers voraus. Lafontaine aber schwieg vier Tage lang. Er übergab den Kanzler, beschnitt ihm die Optionen, war nicht zu sprechen. Vom Balkon seines Hauses bezeichnete er sich souverän als „Privatmann“. Ohne die Entlassungsurkunde aus der Hand des Bundespräsidenten ist

er das nicht. Entgegen der beedeten Pflicht ließ er seine Regierung in der schwierigen Phase der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Stich. Er beging Staatsflucht – das zivile Pendant der Fahnenflucht.

Die Welt

Verantwortungslos

Oskar Lafontaine hat nicht nur seine Partei im Stich gelassen, er hat auch seine Wähler vor den Kopf gestoßen. Er ist nicht nur Parteipolitiker gewesen, er war Bundesfinanzminister, hat politische Verantwortung übernommen, einen demokratischen Auftrag zum Regieren erhalten. All das aber hat er nun – ob bewußt oder nicht – mit Füßen getreten.

Stuttgarter Zeitung

Lafontaines schlechtes Beispiel

Politisch mag der Rücktritt Lafontaines verständlich und vielleicht sogar geboten gewesen sein. Aber wie er es gemacht hat, das stiftet Schaden. Nicht nur materiellen für die Steuerzahler. Wir alle müssen diesen Ausstieg, diese Flucht aus der Verantwortung, bezahlen. Bei einem Hans-Jochen Vogel hätte man sich diese Moral und diesen Stil nicht ausmalen können.

Immer wieder beteuern Politiker, was für das Privatleben gelte, habe auch für sie Gültigkeit. Auf das Alltagsleben übertragen: Eine Führungskraft ist ohne ordentliche Kündigung davongerannt. Lafontaine hat den Vertrag mit seinen Wählern, die ihn für vier Jahre mit einem Bundestagsmandat ausgestattet hatten, nicht eingehalten. Der Unterschied zum Alltagsleben: Würde dort jemand so vertragsbrüchig, müßte er eine Vertragsstrafe bezahlen. Daran denkt bei Lafontaine niemand. Für künftige Fälle: Politikerpensionen müßten auch danach bemessen werden, ob sie ihren „Vertrag“ mit dem deutschen Volk erfüllt haben. Wenn der Bundespräsident nicht nur ein Unterschriftenautomat ist, sollte er den Text der Entlassungsurkunde für den Bundesmini-

ster Lafontaine überdenken. In solchen Urkunden ist stets die Rede von den „treu geleisteten Diensten“. Die hat der ehemalige Bundesfinanzminister eben nicht geleistet. In anderen Fällen heißt es, ein Politiker übernehme mit seinem Rücktritt „die politische Verantwortung“. Lafontaine hat verantwortungslos gehandelt.

General-Anzeiger, Bonn

Die erste Chance vergeigt

Allmählich verhallt der Donner jener Explosion, die Oskar Lafontaine ausgelöst hat. Nach der ersten Aufregung blickt man aber immer noch auf Trümmer. Jetzt muß der Bundeskanzler und künftige SPD-Parteivorsitzende Gerhard Schröder ein stabileres Gebäude errichten als jenes, das Kanzler, Minister und Koalitionäre in den letzten fünf Monaten von innen erheblich beschädigt hatten, bevor es Lafontaine zum Einsturz brachte. Dabei ist es nicht sinnvoll, wenn Schröder öffentlich in Abrede stellt, Regierung und Partei seien in einer Krise. Allein die nun auch von Sozialdemokraten und Grünen andauernd benutzte Formulierung von der „neuen Chance“ nach Lafontaines Ende legt nahe, daß Schröder und die Seinen die erste Chance vergeigt haben.

Süddeutsche Zeitung

Schröders zweite Chance?

Abschied nehmen von der fatalen Mixtur aus handwerklichen Fehlern plus Orientierungslosigkeit. Mut haben zur wirklich durchschlagenden Reformen: Klotzen, nicht kleckern. Weg mit der bisherigen Klientelpolitik nach dem Motto: Jammern die Versicherer oder die Energieversorger, so wird ihnen gegeben. So etwas passiert eben, wenn man kein Konzept hat: Mächtige Lobbyisten, also Besitzstandswahrer und -mehr, spielen Erpresser. Entbürokratisieren: Warum macht Deutschland es nicht wie Holland? Dort werden alle Gesetze zeitlich befristet. Schließlich den So-

zialstaat durchforsten auf Spielräume für Eigenverantwortung, also den „Staatssozialismus“ (Hombach) als Leitbild aufgeben.

Lafontaines Ende sollte mehr bringen als einen Personentausch. Seit dem Machtwechsel gibt es 500.000 Arbeitslose mehr. Es ist Zeit für einen Richtungswechsel.

Rheinische Post

Volle Kraft wohin?

Wird jetzt alles gut, weil Schröder nach dem Sturz des Rivalen seine Macht auch auf die Partei ausdehnt, deren Mitgliedsbuch er hat? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Nicht nur, weil die SPD ein „schwerer Tanker“ (Willy Brandt) ist, der auch nach „Volle Kraft“-Kursänderungen kilometerweit in die alte Richtung rauscht. Entscheidender ist, daß der Kanzler ein ungeliebter Vorsitzender sein wird. Man wird gerne seine Popularität als politischer Führer nutzen. Man wird indes sein politisches Bekenntnis zur Mitte ablehnen. Denn die Funktionärsschicht der SPD ist nach wie vor die einer linksgestrickten Lehrer-Partei, die für Subventionen, soziale Wohltaten und „rot-grüne Projekte“ steht, nicht für in den Zeiten der Globalisierung zwangsläufig kalt wirkendes Regierungs-Management.

Sächsische Zeitung

So endet eine Ära

Mit Lafontaines Weggang verliert die deutsche Sozialdemokratie ihr Gleichgewicht. Das heikle, aber für die Partei wesentliche Spannungsverhältnis zwischen dem Mann für die innerparteiliche Identität und dem Mann für die gesellschaftliche Mitte ist dahin. In dieser Woche ist die alte SPD Geschichte geworden, eine neue SPD, New Labour, ist nicht in Sicht. So endet eine Ära, die mit dem Machtverlust im Jahre 1983 begann, in deren Folge sich die Sozialdemokratie verstärkt den neuen Themen der Friedens- und Ökologiebewegung zuwandte.

Tagesspiegel

Ein notwendiger demokratischer Selbstreinigungsprozeß

Günter Rinsche MdEP zum Rücktritt der EU-Kommission

Der Rücktritt der 20 EU-Kommissare ist Teil eines demokratischen Selbstreinigungsprozesses in der Europäischen Union, der durch das Europäische Parlament unter Führung der Christdemokraten in Gang gesetzt wurde und jetzt die Chance eröffnet, die Kommission transparenter, effizienter und bürger-näher zu gestalten.

Das Europäische Parlament hat in diesem Prozeß gezeigt, daß es die demokratische Kontrolle des Beamtenapparates wirkungsvoll ausübt. Die deutschen Christdemokraten haben mit ihrer konsequenten Haltung bei der Aufdeckung von Mißmanagement in der Kommission von Anfang an eine konstruktive Haltung eingenommen. Ihr Ziel war es, die Strukturen in der Kommission zu verbessern und persönliche Verantwortlichkeiten festzulegen, ähnlich wie dies in der BSE-Krise unter Führung der Christdemokraten gelungen war.

Die unnachgiebige Haltung der Kommission seit März 1998 hat jedoch schließlich die Forderung nach dem Rücktritt zunächst einzelner Kommissare und dann der gesamten Kommission notwendig gemacht. Auf diese von der CDU/CSU-Gruppe am 10. März erneut wiederholte Forderung, der sich nach langem Zögern und erst in letzter Minute auch die Sozialisten anschlossen, hat die Kommission unter Androhung eines neuerlichen Mißtrauensvotums des Europäischen Parlaments schließlich die notwendige Konsequenz gezogen.

Bereits im März 1998 hatte das Europäische Parlament im Zusammenhang mit der

Entlastung für den EU-Haushalt 1996 Mißmanagement und fehlende demokratische Verantwortlichkeit festgestellt und die Entlastung verschoben, damit die Kommission entsprechende Maßnahmen zur Abhilfe treffen könne. Nachdem die Kommission bis Dezember auf diese Aufforderung nicht reagiert hatte, hat das Europäische Parlament unter dem massiven Einfluß der Christdemokraten – und gegen

Günter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: In der Krise steckt die Chance, positive Kräfte freizumachen und grundlegende Verbesserungen zu erzielen.

die Stimmen der Sozialisten – die Entlastung für 1996 nicht erteilt.

Die sozialistische Fraktion hat trotz der schweren Vorwürfe gegen die Kommission für die Entlastung gestimmt, um die besonders betroffenen sozialistischen Kommissare Edith Cresson und Manuel Marin zu schützen.

Nach dem Verlust dieser Abstimmung versuchten die Sozialisten dann, über ein pervertiertes Mißtrauensvotum der Kommission das Vertrauen auszusprechen. Dieses Mißtrauensvotum scheiterte wegen der hohen erforderlichen Mehrheit erwartungsgemäß im Plenum. Allerdings machte die Zahl von 232 Stimmen für den

Antrag deutlich, daß das Vertrauen in die Kommission erheblich erschüttert war.

Christdemokraten und andere Fraktionen forderten daraufhin den Rücktritt zumindest der besonders betroffenen Kommissarin Cresson, scheiterten mit ihrer Entscheidung aber an den Stimmen der Sozialisten, die sich erneut vor ihre Kommissarin stellten. Auch die Einflußnahme von Bundeskanzler Schröder hat zum Scheitern des Mißtrauensvotums beigetragen.

Nachdem der Schlingerkurs der Sozialisten aber auch in der Öffentlichkeit zunehmend erkennbar wurde, verfielen sie auf die Idee der Einsetzung eines Experten-ausschusses, um Aufschub zu gewinnen. Dieser Ausschuß war im Prinzip nicht notwendig, da der Haushaltskontrollausschuß des Parlaments bereits alle wesentlichen Fakten aufgedeckt hatte. Deswegen erneuerten die CDU/CSU-Abgeordneten ihre Forderung nach dem Rücktritt besonders betroffener Kommissare und die Übernahme persönlicher Verantwortung noch vor Veröffentlichung des Expertenberichts.

Das Erscheinen des Berichts, in dem u.a. festgestellt wird, daß es in der Kommission schwierig wird, „irgendeine Person zu finden, die sich auch nur im geringsten verantwortlich fühlt“, hat die Position der CDU/CSU, die konsequent gegen den Widerstand der Sozialisten durchgehalten wurde, voll bestätigt. Drei Monate nach den Christdemokraten sind schließlich auch die Sozialisten zu der Erkenntnis gekommen, daß in der Kommission etwas nicht stimmt und konnten sich nun nicht länger den notwendigen Konsequenzen entziehen. Um einem jetzt mit Sicherheit erfolgreichen Mißtrauensvotum vorzugreifen, sind die 20 EU-Kommissare noch in der Nacht nach Erscheinen des Berichts zurückgetreten.

In jeder Krise steckt die Chance, positive Kräfte freizumachen und grundlegende Verbesserungen zu erzielen. Hauptziel der CDU/CSU ist es jetzt, diese Krise für einen

wirklichen Neuanfang in der Verwaltung der Europäischen Union zu nutzen. Dazu gehören neben den notwendigen personellen Veränderungen in erster Linie auch strukturelle Reformen des Beamtenapparates. Für uns sind dies vor allem die Einrichtung eines unabhängigen Büros zur Betrugsbekämpfung, ein Verhaltenskodex für die Ernennung von höheren Beamten insbesondere auch in den Kabinetten der Kommissare, die persönliche Verantwortlichkeit der Kommissare und Änderungen des Beamtenstatuts.

Es ist dem Europäischen Parlament und den Initiativen der Christdemokraten gelungen, mit den Verfahren der Demokratie eine wirkliche Erneuerung in der Europäischen Union im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der europäischen Steuerzahler zu bewirken. Dies ist ein Sieg des Europäischen Parlaments und der Demokratie in Europa.

Ein notwendiger Schritt zur Parlamentarisierung der EU

Der Rücktritt der EU-Kommission ist die Konsequenz aus der durch das Europäische Parlament konsequent eingeforderten demokratischen Kontrolle gegenüber der EU-Kommission, hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pötering, in Brüssel erklärt.

Dies sei ein Fortschritt in Richtung auf die weitere Parlamentarisierung der Europäischen Union.

Hans-Gert Pötering: „Ich begrüße, daß dieser Schritt, der bereits durch die von der EVP-Fraktion gegen die Sozialisten durchgesetzte Nicht-Entlastung der Kommission für den Haushalt 1996 im Dezember letzten Jahres eingeleitet wurde, jetzt seine Bestätigung gefunden und die Kommission endlich die notwendigen Konsequenzen gezogen hat.“

Generalsekretärin Angela Merkel:

Aufgedeckte Mißstände dürfen sich nicht wiederholen

Nach dem vernichtenden Urteil des unabhängigen Expertenausschusses über Korruption und Vetternwirtschaft in der EU-Kommission ist der Rücktritt der gesamten Kommission eine notwendige Konsequenz und ein Signal der Hoffnung für eine künftig bessere Amtsführung der Organe der EU.

Die aktive Rolle der EVP-Fraktion bei der Aufdeckung der Mißstände ist hierbei besonders hervorzuheben. Korruption und Vetternwirtschaft dürfen sich nicht wiederholen.

Die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission durch das Europäische Parlament war eine ad-hoc-Lösung. Für die Zukunft fordert die CDU ein unabhängiges Amt in der Europäischen Kommission, das Kontroll- und Untersuchungsfunktionen wahrnimmt und im Falle von Unregel-

mäßigkeiten selbständig die zuständigen Strafverfolgungsbehörden einschalten kann. Darüber hinaus müssen die Kontrollrechte des Europäischen Parlaments weiter gestärkt werden. Die CDU fordert, daß das EP durch Mehrheitsbeschluß einen Untersuchungsausschuß einsetzen kann, der ein verbindliches Vorladerecht gegen jeden EU-Bürger erhält. Dieser Ausschuß muß auch das Recht haben, Eidesleistungen zu verlangen – mit allen strafrechtlichen Konsequenzen.

Für die Akzeptanz eines geeinten Europas bei den Bürgern ist die konsequente Unterbindung von Schlamperei, Subventionsbetrug, Verschwendung und Unterschlagung eine ganz wesentliche Nagelprobe. Europa muß man richtig machen. Dafür brauchen wir ein starkes Europaparlament mit einer ausgewogenen Balance der politischen Parteien.

Rücktritt folgerichtig

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, hat den Rücktritt der Europäischen Kommission als folgerichtig bezeichnet.

Die Krise, die die Europäische Gemeinschaft jetzt erlebe, wäre allerdings vermeidbar gewesen, wenn die belasteten Kommissare rechtzeitig zurückgetreten wären. Mehrheiten aus Rot und Grün hätten aber leider ein Mißtrauensvotum gegen die Kommission verhindert. Als erschwerend komme hinzu, daß Bundeskanzler Gerhard Schröder als EU-Ratspräsident diese Krise jetzt managen müsse.

Notwendig und konsequent

Als konsequenten und längst notwendigen Schritt hat auch der Europaabgeordnete Ingo Friedrich, den Rücktritt der EU-Kommission begrüßt.

Angesichts der Fakten, die über das Mißmanagement in der EU-Kommission nicht nur gegen einzelne Kommissare, sondern auch im Hinblick auf Strukturfehler und das Fehlen einer Kultur der politischen Verantwortung bereits seit Verweigerung der Entlastung für den EU-Haushalt 1996 aufgedeckt worden seien, sei dieser Schritt dringend notwendig und konsequent gewesen.

Existenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nachhaltig gefährdet

Anlässlich des Beschlusses der EU-Agrarminister zur Agenda 2000 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Es kam, wie es kommen mußte. Funke hat mit seiner dilettantischen Verhandlungsführung ein für die deutsche Landwirtschaft völlig unakzeptables Ergebnis erreicht. Die Einkommen der Bauern werden aufgrund der drastischen Preissenkungen in existenzgefährdende Nähe zurückgehen und ihre Abhängigkeit von staatlichen Beihilfen erhöhen. Gleichzeitig wird der deutsche Haushalt weiter beträchtlich belastet. Das Ziel einer deutschen Entlastung wurde völlig verfehlt. Die komplizierten Prämiensysteme im Milch- und Rindfleischbereich bedeuten eine weitere Zunahme der Bürokratie für unsere Landwirte. Mit diesem Ergebnis sind die deutschen Bauern und die deutschen Steuerzahler die großen Verlierer.

Funke hat dafür gesorgt, daß alle Länder sich großzügig aus dem Warenkorb bedienen konnten. Nur Deutschland hat er nicht zum Zuge kommen lassen. Die Versuche von Staatssekretär Dr. Wille, mit konstruktiven Vorschlägen die Verhandlungen noch auf ein anderes Gleis zu bekommen, waren leider zu spät und wurden von Minister Funke nicht nachhaltig unterstützt.

Im Rindfleischbereich konnten sich die Franzosen mit einer beträchtlichen Erhöhung der Prämien voll zu Lasten der traditionellen Mastverfahren in Deutschland durchsetzen. Bei objektiver Berechnung hat sich der deutsche Anteil an den Prämien weiter verschlechtert. Das angekündigte Ziel, mit dem deutschen Anteil an den Prämien näher an den Produktionsanteil

heranzukommen, wurde weit verfehlt. Das Problem der Überproduktion wurde nicht gelöst, so daß die Erzeuger neben der 20%igen Preissenkung mit einer weiteren schlechten Marktlage rechnen müssen.

Die Erhöhung der Milchquote um linear 1,5 % ab 2003 und zusätzlichen Quoten an Griechenland, Spanien, Irland, Italien und Nordirland – auch wieder großzügige Geschenke der deutschen Ratspräsidentschaft – ab 2000 führen das Quotensystem ad absurdum. 1 % Quotenaufstockung bedeuten für unsere Milcherzeuger 8 % Preissenkung. Daß die Preissenkung um 15 % erst 2002 kommt, ist nicht das Ergebnis eines

Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen und eines lebensfähigen, ländlichen Raumes.

politischen Willens, sondern der Tatsache zu verdanken, daß eine frühere Senkung die Agrarreform über die 13,7 Mrd. DM Mehrkosten noch weiter verteuert hätte.

Im Bereich der Ackerkulturen, wo sich insbesondere Finnland, Spanien und Italien mit Sonderwünschen durchsetzen konnten, war aus deutscher Sicht sogar nach Bekunden von Minister Funke eine Preissenkung nicht notwendig und hätte verhindert werden müssen.

Das Nichtdurchsetzen einer Kofinanzierung wird der deutschen Landwirtschaft, insbesondere nach der Osterweiterung aus taktischen und finanziellen Gründen noch teuer zu stehen bekommen. Mit der jetzigen Agrarreform werden in den Beitrittsländern Hoffnungen auf hohe Transferzahlungen geweckt und wird der notwendige Strukturwandel der dortigen Landwirt-

Ein Durchbruch nach unten

Zum Kompromiß der EU-Landwirtschaftsminister erklärte das Bundesvorstandsmitglied der CDU, Reimer Böge MdEP:

Der von den EU-Agrarministern erzielte Kompromiß zur Agenda 2000 ist ein Durchbruch nach unten. Er ist keine Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung der deutschen Landwirtschaft. SPD-Bundeslandwirtschaftsminister Funke hat als EU-Ratspräsident völlig versagt. Er ist von dem gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Grundsatz, bei Preissenkungen auf einen vollständigen Ausgleich zu bestehen, den er selbst bei der Länderagrarministerkonferenz vom Mai 1998 mit unterstützt hat, abgekehrt.

Es ist ausdrücklich zu bedauern, daß die amtierende Bundesregierung durch ihre ungeschickte Verhandlungsführung wichtige deutsche Anliegen verspielt hat. Die deutsche Landwirtschaft muß mit massiven Einkommenseinbußen rechnen. In der nationalen Politik hat die Schröder-Regierung mit ihren Steuerbeschlüssen, einschließlich der Ökosteuern, die deutsche Landwirtschaft bereits in Milliardenhöhe belastet. Jetzt kommt das schlechte Verhandlungsergebnis in

Brüssel hinzu. Die Existenz von zehntausenden von landwirtschaftlichen Betrieben ist in Gefahr.

Die Beschlüsse zur EU-Agrarreform laufen auch den Interessen der deutschen Steuerzahler entgegen. Bereits die ursprünglichen Fischler-Vorschläge beinhalteten eine Mehrbelastung des EU-Haushaltes von 6,5 Milliarden DM jährlich und eine Verschlechterung der deutschen Nettozahlerposition um rund eine Milliarde DM. Der jetzt ausgehandelte Kompromiß kostet nochmals zwei Milliarden DM jährlich mehr. Vor diesem Hintergrund steht für die CDU die Kofinanzierung der direkten Ausgleichszahlungen noch drängender auf der Tagesordnung. Nur durch die Kofinanzierung ließe sich die deutsche Nettozahlerposition verbessern, Spielraum für eine vernünftige und effiziente Agrarpolitik gewinnen und der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU finanziell leichter darstellen. Die CDU wird ihre Forderung auf dem Erfurter Parteitag vom 25. bis 27. April mit der Verabschiedung des Leitanspruchs des Bundesvorstands „Europa muß man richtig machen“ nachdrücklich bekräftigen.

schaften gebremst. Daraus ergibt sich neuer Druck für eine Abschaffung der Ausgleichszahlungen.

Für die deutsche Landwirtschaft kommen neben der Ökosteuer, der Senkung der Vorsteuerpauschale und der Streichung anderer steuerlicher Begünstigungen mit dem Beschluß zur Agenda 2000 weitere schwerwiegende Belastungen zu. Nachdem Minister Funke sich nicht für die

deutschen Interessen in Brüssel einsetzte, muß er nunmehr wenigstens national für bessere Rahmenbedingungen zugunsten der Landwirtschaft sorgen. Ansonsten wird die umwelt- und verbraucherorientierte deutsche Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb keine Chancen haben. Auch hier geht es um die Sicherung von Arbeitsplätzen und eines lebensfähigen ländlichen Raumes.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Die Energiewirtschaft kann auf uns zählen

Was die Bundesregierung in der Atompolitik macht, sind keine Energiekonsensgespräche, sondern bestenfalls Verhandlungen mit der Energiewirtschaft zur Vermeidung von Schadenersatzansprüchen.

Eine moderne Energiewirtschaft erfordert Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit. Wenn wir unser Klimaschutzziel erreichen wollen, können wir nicht holterdiepolter aus der Kernenergie aussteigen.

Wer aussteigen will, muß auch sagen, wo er wieder einsteigen will. Ein berechenbares Energiekonzept der Bundesregierung fehlt. Es ist unverantwortlich, wenn die Schröder-Regierung 150.000 Arbeitsplätze zum Spielball ideologischer Interessen macht. Es ist unverantwortlich, das welt-

weit beste technologische Know-how aufs Spiel zu setzen.

Wir verlieren damit jeden Einfluß auf die Verbesserung der Sicherheit osteuropäischer Kernkraftwerke vom Typ Tschernobyl. So werden durch verquaste Politik deutsche Sicherheitsinteressen massiv gefährdet.

Jederzeit gesprächsbereit

Es ist höchste Zeit, daß die Bundesregierung im Interesse der Bürger endlich ihre alten ideologischen Hüte in die Mottenkiste packt. Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen. Wir werden uns energisch für die Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft einsetzen. Dafür sind wir jederzeit gesprächsbereit.

Deutsche mit Arbeitsmarktpolitik der Regierung unzufrieden

65 Prozent der Deutschen sind mit der Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung und ihren Bemühungen um neue Ausbildungsplätze unzufrieden.

Die Unzufriedenheit sei in Ostdeutschland ausgeprägter (71 Prozent) als in Westdeutschland (64 Prozent), ergab eine in Hamburg veröffentlichte repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts unter 1.000 Bundesbürgern.

Vor allem die 18- bis 29jährigen sind nach der Umfrage der Ansicht, Politiker täten viel zu wenig für neue Ausbildungsplätze.

Matthias Wissmann:

Grundsatzabteilung wieder ins Wirtschaftsministerium

Die CDU fordert von der Regierung, die von Lafontaine durchgesetzte Machterweiterung für das Finanzministerium rückgängig zu machen. Die wirtschaftspolitische Grundsatzabteilung müsse wieder in das Wirtschaftsressort eingegliedert werden, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Matthias Wissmann. Nur so könne das Ministerium wieder seine „ordnungspolitische Leuchtturmfunktion“ wahrnehmen. Die Regierung selbst hat bisher noch nicht über eine Neuordnung entschieden.

Lehrstellen

Den Maßnahmenkatalog von CDU/CSU berücksichtigen

Im Zusammenhang mit dem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen erklärte der zuständige Berichterstatter im Bildungs- und Forschungsausschuß Rainer Jork:

So sehr ein konkretes Herangehen an die akuten Probleme des Lehrstellenmarktes zu begrüßen ist, läßt das Programm der Bundesregierung wirklich neue Ideen vermissen. Die Auffassung, daß durch staatlich finanzierte Förderprogramme die Gesamtsituation auf dem Lehrstellenmarkt langfristig verbessert werden kann, ist ein Trugschluß. In Wirklichkeit ist eine strukturelle Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt nur dann zu erreichen, wenn sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft deutlich verbessern.

Jede Maßnahme zur Schaffung oder Förderung neuer Lehrstellen muß sich an drei grundlegenden Kriterien messen lassen:

- der Qualität der Ausbildung,
- dem Praxiskontakt in der Ausbildung
- der Eröffnung der Möglichkeit auf Eintritt in dauerhafte Beschäftigung nach der Lehrzeit.

Im April 1997 hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion einen Katalog von Maßnahmen zu Verbesserung der Lehrstellensituation erarbeitet. Gefordert wurde u.a.:

- Investitionen und Vergaberichtlinien am Ziel der Schaffung betrieblicher Lehrstellen zu orientieren;
- Ausbildungsordnungen so zu formulie-

ren, daß sie dynamisch an branchenspezifische und betriebliche Entwicklungen angepaßt werden können,

- angesichts des zögerlichen Aufbaus der Wirtschaft in den neuen Bundesländern die Bundesförderung für Lehrstellen in Abstimmung mit den Ländern situationsbezogen mittelfristig fortzuführen,
- differenzierte, modulare Ausbildungsgänge und -abschlüsse in der Berufsbildung für Begabte und eher Praxisorientierte einzurichten,
- von der öffentlichen Hand gezahlte Zuschüsse für Ausbildungsplätze steuerfrei zu stellen,
- in den der Berufsbildung vorgelagerten Schulen fächerübergreifend Informationen über Berufsbilder und entsprechende Beruhtungsanteile sinnvoll in die Allgemeinbildung zu integrieren und
- das Verfahren zur Erarbeitung neuer und zur Modernisierung bestehender Ausbildungsordnungen jeweils innerhalb eines Jahres abzuschließen.

Erfolg durch Modernisierung

Verschiedene dieser Forderungen wurden bereits unter der alten Bundesregierung in die politische Praxis umgesetzt. Die neue Regierung täte gut daran, sich die Vorschläge genauer anzusehen und sie zu berücksichtigen. Es sollte einleuchten, daß eine Modernisierung des Systems der dualen Berufsbildung allemal erfolgversprechender ist als dessen Verstaatlichung. ■

Wehrbeauftragtenbericht

Rot-Grün verschärft die Probleme der Bundeswehr

Zum Jahresbericht 1998 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, erklärten der vertheidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Arbeitsbereich der Wehrbeauftragten, Werner Siemann:

Nach unserer Einschätzung vermittelt der von der Wehrbeauftragten vorgelegte Jahresbericht den Gesamteindruck, daß unsere Bundeswehr in Ordnung ist. Das heißt, sie ist im Kern intakt.

Die Wehrbeauftragte weist jedoch ausdrücklich darauf hin, daß Finanzmittel häufig fehlen, damit zum einen Aufträge ausgeführt und zum anderen vorhandene Mängel beseitigt werden können. Dies führt im täglichen Dienst zu unverhältnismäßig hohem Motivationsverlust. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die notwendigen Gelder für Materialerhaltung und -instandsetzung zur Verfügung zu stellen. Die bereits bekannten Kürzungen und weitere Reduzierungspläne von SPD und Bündnis 90/Grünen verschärfen den negativen Trend für die Bundeswehr.

Die Wehrbeauftragte stellt fest, daß durch die allgemeine Wehrpflicht einerseits die „natürliche“ gesellschaftliche Kontrolle über die Bundeswehr gelungen ist und andererseits aus den Reihen der Wehrpflichtigen qualifizierte, aufgeschlossene und nachdenkliche junge Männer als Führungsnachwuchs gewonnen werden können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Wehrbeauftragte; ein Teil der Koaliti-

on von SPD und Bündnis 90/Grünen ist jedoch gegen die allgemeine Wehrpflicht und übersieht diese wichtigen Argumente.

Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorangetriebenen Maßnahmen zur finanziellen und ideellen Aufwertung der Wehrpflicht haben auch nach Meinung der Wehrbeauftragten entscheidend zu einer Erhöhung der Attraktivität der Wehrpflicht beigetragen.

Zivilcourage gefragt

Die Wehrbeauftragte hat unsere volle Unterstützung, wenn sie den Stellenwert der politischen Bildung für das Selbstverständnis der Soldaten erneut hervorhebt. Dabei ist es zu einer qualitativen Verbesserung gekommen. Das Konzept hierfür ist noch von der alten Bundesregierung eingeführt worden. Die Wehrbeauftragte unterstreicht, daß eine lebendige Demokratie den Staatsbürger in Uniform braucht, der sich des hohen moralischen Anspruchs seines grundgesetzlichen Auftrages bewußt ist.

Zivilcourage und kritisches Urteilsvermögen bieten die beste Gewähr gegen Demagogie und Intoleranz. Ein widerspruchloses Hinnehmen von Mißständen verträgt sich nach unserer Meinung nicht mit unserem Verständnis vom „mündigen Staatsbürger“. Dem müssen Vorgesetzte aller Ebenen Rechnung tragen. Daher kritisiert die Wehrbeauftragte auch zurecht die „Sprachlosigkeit“ in der Truppe.

Für ihre Arbeit sprechen wir der Wehrbeauftragten als kritischer Begleiterin der Bundeswehr im Namen der gesamten Fraktion unseren Dank aus. ■

Waffenrechtsnovelle in Übereinstimmung mit Verbänden

Die Arbeitsgruppe Inneres und Sport hat auf ihrer Klausurtagung eine Novellierung des Waffengesetzes beschlossen. Hierzu erklärten der Bericht-erstatler zum Waffenrecht, Hartmut Koschyk, und der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die Innenpolitiker der CDU/CSU-Fraktion möchten die bereits in der 10. Legislaturperiode begonnenen Überlegungen, das Waffenrecht grundlegend neu zu gestalten, zum Abschluß bringen.

Die Notwendigkeit der Novellierung ergibt sich aus

- strukturellen Mängeln des derzeitigen Gesetzes. Grund ist, daß der Bund hier zunächst keine Gesetzgebungskompetenz für die sicherheitsrelevanten Teile hatte.

- Unübersichtlichkeit des geltenden Rechts und hierdurch hervorgerufene schwierige Handhabung für Behörden sowie schwere Verständlichkeit für die Betroffenen.

Die von der Arbeitsgruppe beschlossene Neuregelung folgt einer neuen Gesetzes-systematik, die nicht mehr die gewerbsmäßige Herstellung, Instandsetzung und Bearbeitung von Waffen und Munition in den Vordergrund stellt, sondern die Regelung aller wesentlichen sicherheitspolitischen Vorschriften.

Der Entwurf enthält sowohl Verschärfungen als auch Erleichterungen gegenüber der derzeitigen Rechtslage. Alle wesentlichen Änderungen wurden mit den Spitzenverbänden der deutschen Schützen, Jäger und Waffenhersteller erörtert.

Zentrale Änderungsvorschläge sind die Regelung von

● Zuverlässigkeit

1. Jägerprivileg

Bisherige Rechtslage: Die Jäger waren privilegiert; die Verurteilung zu Fahrlässigkeitsdelikten führte bei ihnen in der Regel nicht zur Unzuverlässigkeit; Ausnahme: fahrlässige Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang von Waffen, Munition und Sprengstoff.

Künftige Rechtslage: Gleiche Zuverlässigkeitskriterien für alle Waffenbesitzer, was das Bundesverwaltungsgericht ohnehin fordert. Grundsätzliche Beibehaltung des bisherigen Zuverlässigkeitsmaßstabs im Waffenrecht, d.h. insbesondere keine Zuverlässigkeit bei Verurteilung wegen fahrlässiger Straftaten zu Freiheits-, Jugend- oder Geldstrafe von mindestens 60 Tagessätzen (Regelunzuverlässigkeit).

2. Extremistische Organisationen

Bisherige Rechtslage: Keine Annahme der Unzuverlässigkeit für Mitglieder.

Künftige Rechtslage: Regelunzuverlässigkeit für einen Zeitraum von 10 Jahren für Mitglieder von Vereinen, die wegen ihrer Militanz unanfechtbar verboten wurden.

3. Fahrlässigkeitsdelikte

Bisherige Rechtslage: Regelunzuverlässigkeit bei Fahrlässigkeitstaten im Zusammenhang mit Waffen, Munition, Sprengstoff.

Künftige Rechtslage: Regelunzuverlässigkeit bei den genannten Delikten nur bei Verurteilung zu Freiheits-, Jugend- oder Geldstrafe von mindestens 60 Tagessätzen sowie bei sonstigen fahrlässigen Strafta-

ten, bei Verurteilung von Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr.

● **Erwerb, Besitz, Führen von Gas-/Schreckschußwaffen**

Bisherige Rechtslage: Erlaubnisfrei ab Vollendung des 18. Lebensjahrs

Neue Rechtslage: Schaffung eines Ordnungswidrigkeitstatbestandes, wenn jemand eine solche Waffe führt und nicht durch Personaldokument sein Alter nachweisen kann, sowie Regelung über die Einziehung der Waffe; keine Einführung einer Händlerbescheinigung oder eines kleinen Waffenscheins.

● **Altersgrenzen für Kinder und Jugendliche**

Bisherige Rechtslage: Altersgrenze für das Schießen auf Schießstätten grundsätzlich 12 Jahre mit Ausnahmeregelung für besondere Fälle; Ausnahmegenehmigung wird einzelnen Kindern erteilt.

Künftige Rechtslage: Bestand der Altersgrenze; in jedem Bundesland kann aber zur Förderung des Leistungssports einzelnen Schießsportvereinen, die besonders befähigte Ausbilder und Betreuer besitzen, eine Ausnahmegenehmigung von den Alterserfordernissen für Kinder und Jugendliche gewährt werden.

Zusatz: Weitere Altersgrenzen, die unverändert bleiben:

- ▶ Erlaubnis zum Schießen mit Luftdruck-, Federdruck und CO₂-Waffen für Kinder von 12 bis 14 Jahren,
- ▶ mit schriftlichem Einverständnis der Sorgeberechtigten für alle sonstigen Waffen bis 16 Jahre.

● **Bedürfnisregelung bei Sportschützen**

Bisherige Rechtslage: Unbegrenzte Erwerbserlaubnis für Einzellader, Langwaf-

fen sowie für den Erwerb von Selbstladelangwaffen und zwei Kurzwaffen, wenn durch Vereinsbescheinigung nachgewiesen, daß wenigstens 6 Monate regelmäßig und erfolgreich am Übungsschießen teilgenommen wurde.

Neue Rechtslage: Unbegrenzter Erwerb und Besitz von Einzellader- und Repetierlangwaffen, Regelbedürfnis für 5 halbautomatische Langwaffen und 5 Kurzwaffen (Erleichterung), allerdings unter engeren Voraussetzungen wie Eignung und Erforderlichkeit der Waffe für eine Sportdisziplin nach der Sportordnung eines Schießsportverbandes; Regelung staatlicher Anerkennung von Schießsportverbänden.

● **Bedürfnisregelung bei Jägern**

1. Zahl der Langwaffen:

Bisherige Rechtslage: Erwerb und Besitz einer unbegrenzten Zahl Einzellader und Repetierlangwaffen sowie halbautomatischer Langwaffen mit Magazinkapazität bis zu 2 Patronen,

Künftige Rechtslage: Langwaffen jeder Art und Menge ohne Munitionsbegrenzung bei Jahresjagdscheininhabern (= Erleichterung!). Bei Tages- und Jugendjagdscheininhabern Glaubhaftmachung eines Bedürfnisses nötig.

2. Erwerbserlaubnis für

Langwaffen:

Bisher: Jagdscheine gelten als Erwerbsdokument.

Künftig: Auch Jagdscheininhaber brauchen für den Erwerb von Langwaffen eine waffenrechtliche Erwerbserlaubnis.

3. Kurzwaffen:

Bisher: Bedürfnis für 2 Kurzwaffen unterstellt, selbst wenn diese für die Jagd nicht geeignet sind.

Sicherheit bei der Bahn hat oberste Priorität

Die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, erklärte zu der Diskussion über die Deutsche Bahn AG:

Es ist verständlich, daß nach der jüngsten Unglücksserie bei der Deutschen Bahn AG viele Menschen, die gerne die Bahn benutzen, verunsichert sind. Deshalb muß die Bahn die Unfallgründe möglichst schnell aufklären und erforderliche technische Verbesserungen bei den bestehenden Strecken veranlassen. Sicherheit bei der Bahn muß oberste Priorität haben. Das Spitzengespräch des Bahnvorstandes zeigt, daß die Deutsche Bahn AG diese Unfälle sehr ernst nimmt.

Die Ergebnisse des eingesetzten Sonderstabes, der vor allem mit den Bahnbediensteten über Lösungsvorschläge sprechen sollte, müssen der Öffent-

lichkeit unmittelbar zur Kenntnis gegeben werden. Die Bahn muß darüber hinaus sicherstellen, daß auch in Zukunft gutausgebildete Mitarbeiter in den technisch sensiblen Funktionen beschäftigt werden. Zu prüfen wäre, inwieweit die Fortbildung verbessert werden muß.

Völlig inakzeptabel ist die Haltung der rot-grünen Koalition zu den Ökosteuer-Belastungen für die Bahn. Wer die Bahn mit jährlich 170 Mio. DM an zusätzlichen Energiekosten belastet, darf sich nicht wundern, daß die Bahn die Fahrpreise erhöht und die Kosten an die Kunden weitergibt. Auf diese Fahrpreiserhöhung hat die CDU/CSU-Fraktion in den vergangenen Wochen immer wieder hingewiesen. Nur auf unseren Druck hin sind die Belastungen für den ÖPNV erst in letzter Minute noch etwas verringert worden.

Künftig: Erforderlichkeit der Eignung für die Jagd ist durch Bescheinigung der Landesjagdbehörde nachzuweisen.

● Erbenprivileg

Bisherige Rechtslage: Erteilung einer Waffenbesitzkarte zum Besitz erlaubnispflichtiger Schußwaffen bei Antragstellung innerhalb eines Monats nach Erbfall allein aufgrund der Zuverlässigkeit, d. h. ohne Bedürfnis, ohne Sachkunde, ohne Beachtung der Altersgrenze.

Künftige Rechtslage: Erteilung einer Waffenbesitzkarte zum Besitz erlaubnispflichtiger Schußwaffen bei Antragstellung innerhalb von 6 Monaten nach dem Erbfall bei Vorliegen von Zuverlässigkeit, Sachkunde (hierüber Belehrung), vorüber-

gehender Aussetzung der Schießfunktion (Blockiersystem), wobei die Behörde ein Nachschaurecht zur Kontrolle der ausreichenden Sicherung der Waffen erhält.

Die Arbeitsgruppe beabsichtigt, ihren Entwurf noch in diesem Jahr fertigzustellen und ihn im Deutschen Bundestag einzubringen.

Ein übersichtliches Waffenrecht liegt im Interesse der Inhaber von Waffen. Unge-rechtfertigte Beschränkungen des Waffenbesitzrechtes hat die Union durch Beteiligung der interessierten Kreise vermieden. Dabei hat sie beachtet, daß nicht der legale Waffenbesitz ein Problem für die innere Sicherheit darstellt, sondern der illegale. Um so mehr gilt es jetzt, die Reform zu Ende zu bringen.

Gute Gründe für einen stabilen Euro

Die Einführung des Euro am 1. Januar 1999 ist ein historischer Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa. Entgegen allen skeptischen Stimmen hat sich der Euro als eine starke Währung auf den Finanzmärkten durchgesetzt und behauptet. Wenn gegenwärtig der Euro gegenüber dem Dollar etwas schwächer bewertet wird, bedeutet dies noch lange nicht, daß das Vertrauen in den Euro schwindet oder der Euro an Stabilität verliert. Dennoch braucht jede Währung auch Vertrauen. Die CDU hat hierfür die Grundlagen geschaffen, indem sie eine Stabilitätskultur in Deutschland und in Europa etabliert hat. Die Geschichte belegt auf eindeutige Weise, daß ein stabiler Geldwert die zwingende Voraussetzung für eine stabile Volkswirtschaft ist.

Der Weg ist frei, so daß sich der Euro zu einer zweiten Weltreservewährung neben dem Dollar entwickeln kann. Dies zeigt, daß der Euro eine stabile und harte Währung ist, die im Wettbewerb mit Dollar und Yen besteht. Für den Euro sprechen gute Gründe:

1. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion bringt den Teilnehmerländern neue Freiheiten und wirtschaftliche Vorteile:

Gerade für die Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Euro bündeln wir Europäer unsere Wirtschaftskraft und eröffnen uns weitere Chancen auf den Weltmärkten. Für viele Handels- und Finanzgeschäfte wird man dem Euro den Vorzug gegenüber dem Dollar geben. Aber auch der Binnenmarkt kann seine ganze Kraft entfalten, das Wirtschaftswachstum erhält zusätzliche Impul-

se. Aufwertungstendenzen der D-Mark oder spekulative Abwertungen wichtiger Partnerwährungen, die zu einer Verteuerung deutscher Produkte für das Ausland führen, entfallen. Die Unternehmen können sicherer planen und investieren, Wechselkursrisiken sowie währungsbedingte Umtauschkosten entfallen in der Euro-Währungszone. Bereits im ersten Jahr der Währungsunion werden die Kostenersparnisse durch die Einführung des Euro höher sein als die einmalig auftretenden Kosten der Einführung. All dies sichert Arbeitsplätze und erhöht die internationale Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen.

2. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam stellen sicher, daß die gemeinsame europäische Währung stabil ist und auf Dauer bleibt. Das garantieren die Mitgliedstaaten durch strenge fiskalische Disziplin.

Bereits die Vorbereitung auf den Euro hat die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zu einem strikten Haushaltspolitik veranlaßt. Dieser strikte Konsolidierungskurs wird fortgesetzt. Das garantiert der von Helmut Kohl durchgesetzte Stabilitätspakt. Die Neuverschuldung in den Teilnehmerländer darf die Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Eine Mißachtung dieser Grenze zieht eine empfindliche Strafe nach sich. Bei der Staatsverschuldung liegt der Richtwert bei 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Um dies zu erreichen, müssen Mehrjahrespläne vorgelegt werden, die die Rückführung der Gesamtverschuldung und die der jährlichen Neuverschuldung beinhalten. Zugleich haf-

tet jedes Land allein für seine Schulden, es gibt keine zusätzlichen Finanztransfers. Eine Haftung der Gemeinschaft oder anderer Teilnehmerländer ist ausgeschlossen.

Schon heute ist der Erfolg der Politik von Helmut Kohl sichtbar: Zinsen und Inflation liegen im EU-Durchschnitt heute so günstig wie nie zuvor. Die Geldwertstabilität ist gewährleistet. Die sensiblen Finanzmärkte haben bereits heute Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung.

3. Die Europäische Bundesbank steht in der Verantwortung für die Stabilität des Euro.

Die Europäische Bundesbank ist nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank gestaltet. Sie ist von politischen Weisungen unabhängig und vorrangig der Preisstabilität verpflichtet. Sie allein steuert die Zins- und Geldpolitik der Währungsunion. Zudem ist es der EZB ausdrücklich untersagt, Kredite zur Finanzierung nationaler Haushaltsdefizite zu vergeben. Eine Änderung bedarf der Zustimmung und Ratifikation aller 15 Mitgliedsstaaten.

Die „Währung zu sichern“ heißt, die Geldpolitik auf das Ziel der Preisstabilität einzurichten und den Wert der Währung stabil zu halten. Hierzu wurde für die Währungshüter ein hohes Maß an Unabhängigkeit vertraglich verankert, so daß sie ihren Auftrag ohne politischen Druck und unabhängig von etwaigen politischen Weisungen ausführen können. Erst unter Wahrung ihrer Aufgabe – also der Währungssicherheit – sind sie verpflichtet, die allgemeine Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Mit anderen Worten: Die Unterstützungspflicht endet, wenn das Ziel der Preisstabilität gefährdet wird.

4. Die Menschen vertrauen dem Euro.

Mit dem Euro erhalten wir die neben dem Dollar weltweit wichtigste Währung. Dies bringt nicht nur den Investoren vielfältige

Chancen und Vorteile, auch den deutschen Sparern werden breitere Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten ermöglicht. Und die Umfragewerte bestätigen eindeutig: Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger hat Vertrauen in die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. So waren nach einer dimap-Umfrage im Januar 64 Prozent der Bevölkerung überzeugt, daß der Euro eine stabile Währung wird, nur 20 Prozent blieben skeptisch.

Die Schröder-Regierung gefährdet die Stabilität des Euro.

Der Euro kann nur erfolgreich sein, wenn die Politik zu ihren vertraglichen Vereinbarungen steht. Deshalb ist es unverantwortlich, wenn die Schröder-Regierung den europapolitischen Weg des Miteinanders verläßt und Verbesserungen durch eine Politik der Konfrontation durchsetzen will. Und es war noch unverantwortlicher, daß Oskar Lafontaine den Euro herunterredete. Der Rücktritt des Finanzministers ist daher folgerichtig. Die Finanzmärkte haben hierauf positiv reagiert, der Euro hat dadurch wieder an Stärke gewonnen.

Die Verantwortung für den Euro muß dort bleiben, wo sie sich heute befindet und nachweislich gut aufgehoben ist: bei der Europäischen Zentralbank. Ihre Unabhängigkeit ist mit der Verfassung und unserem Demokratieprinzip vereinbar und gehört zugleich zu den konstitutiven Elementen der Stabilitätspolitik.

Auch wenn die SPD immer wieder Forderungen nach einer Rückkehr zur alten sozialdemokratischen Politik des leichten Geldes stellt, so ist dies nur ein durchschaubarer Versuch, das Scheitern der Schröder-Regierung bei allen wichtigen Reformen zu vertuschen. Eine Politik der leichten Geldes ist nicht nur gänzlich ungeeignet, sie verunsichert auch die Finanzmärkte. Sie widerspricht zudem den fun-

damentalen Prinzipien, die den europäischen Weg zu einer gemeinsamen Währung und Wirtschaftsunion bestimmen sollten. Mit seinen Äußerungen hat Lafontaine nicht nur der Geltung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik schweren Schaden zugefügt, er hat auch das Vertrauen in eine zuverlässige deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik für eine starke europäische Währung gefährdet.

Wer wie Oskar Lafontaine offen zeigte, daß er aus der jüngeren Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland nichts gelernt hat, ist offensichtlich auch den neuen Herausforderungen nicht gewachsen. Sein Fernbleiben beim Euro-Start in Brüssel machte dies bereits deutlich.

Oskar Lafontaine hat es zweifellos sowohl an Einsicht in die Notwendigkeit einer stabilen, europäischen Währung gemangelt, als auch an der Kenntnis der hierfür erforderlichen Maßnahmen: Seine unseriöse Haushalts- und Ausgabenpolitik widersprach jeglicher Haushaltsdisziplin und beschädigte damit nachhaltig die Grundlage für einen stabilen Euro: Das jüngst vorgelegte Stabilitätsprogramm der Schröder-Regierung genüge den erforderlichen Anforderungen für eine dauerhafte Stabilität des Euros in keiner Weise. Beleg hierfür ist sowohl die mehr als unsichere und zudem erst ab 2001 angepeilte Senkung des Staatsdefizits als auch die nach den Plänen Lafontaines 1999 und 2000 unvermindert

bei 61 Prozent des Bruttoinlandprodukts verharrende und damit die 60-Prozent-Marke des Maastrichter Vertrags überschreitende Schuldenquote.

Vollständig in Europa isoliert waren Oskar Lafontaines Vorschläge zur Errichtung von Wechselkurszielzonen zwischen Dollar, Yen und Euro, welche notfalls auch durch staatliche Eingriffe gesichert werden sollten. Dafür verbog Oskar Lafontaine sogar den ordnungspolitischen Rahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft mit seiner Äußerung, daß die Märkte die ordnende Hand des Staates bräuchten. Seine fixe Idee einer Überwachung der Wechselkursentwicklung vor dem Hintergrund festgelegter Leitlinien für den Eurokurs wurde zu Recht international als unerwünscht, altmodisch und nicht praktikabel zurückweisen.

CDU steht für harten und stabilen Euro.

Die konsequent stabilitätsorientierte Europapolitik der früheren CDU-geführten Bundesregierung hat in engem Zusammenwirken mit unseren EU-Partnern die Voraussetzung für einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum mit einem stabilen Euro geschaffen. Es ist der historische Verdienst des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl daß die Menschen der Verwirklichung des Traums von einem gemeinsamen Europa noch nie so nahe waren wie heute.

Bauwirtschaft sieht 50.000 Arbeitsplätze in Gefahr

Die ungebremsste Talfahrt der Konjunktur der Bauwirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich 50.000 Arbeitsplätze kosten. Diese Zahl nannte der Präsident des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe (ZDB), Fritz Eichbauer. Die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen seien „das größte Hemmnis für die wirtschaftliche Erholung“ der Branche. Vor allem die Steuerreformpläne verhin- derten Bauinvestitionen. Eichbauer lehnte zugleich eine erneute Änderung der Schlechtwettergeld-Regelung ab.

Christoph Böhr:

Für eine Kultur des Miteinanders

Rund 7,3 Millionen Ausländer leben in Deutschland, etwa 300.000 davon in Rheinland-Pfalz. Die Anstrengungen müssen darauf abzielen, auf Dauer regelmäßig bei uns lebende ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger dauerhaft in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Integration erfordert einerseits das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden, und andererseits Toleranz für andere Lebensarten. Integration stellt damit Anforderungen an beide Seiten. Beide Seiten dürfen sich gegenseitig nicht überfordern.

Integration ist weder einseitige Assimilation, noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ihre Integration ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine politische Chance, die wir nachdrücklich ergreifen wollen.

Integration darf keine Einbahnstraße sein. Niemand soll gezwungen werden, sich von seiner Herkunft, Religion und Sprache sowie seinen Sitten und Gebräuchen abzuwenden. Integration erfordert allerdings die uneingeschränkte Bereitschaft der Ausländer, unsere Grundwerte, wie sie im Grundgesetz und in der Landesverfassung niedergelegt sind, zu respektieren. Sie erfordert aber auch die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, einen aktiven Beitrag zur Integration zu leisten.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung für die Kommunikation und ist somit wichtigstes Mittel zur Integration. Die Sprachkompetenz entscheidet langfristig über Erfolg oder Mißerfolg in Ausbildung und Beruf und damit über die

Lebens- und Integrationschancen der hier lebenden Ausländer.

Es ist deshalb besonders notwendig, Integrationsprogramme wie Sprachkurse, ausländer spezifische Maßnahmen der Berufsvorbereitung und die Förderung benachteiligter Jugendlicher einzuführen und – soweit vorhanden – auszuweiten. Die Landesregierung ist hier auch aufgefordert, Förderkurse einzuführen, die in der

Der Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christoph Böhr, sieht in dem Integrationsangebot an die ausländischen Mitbürger ein Konzept der kleinen Schritte, das nun nach und nach verwirklicht werden kann.

Vorschulzeit einsetzen und durch gezielte Sprachförderung die Teilnahme am deutschen Bildungssystem früh und weitreichend eröffnen.

Die Frauen der Zuwanderergeneration stellen die deutschen Institutionen vor eine besondere Integrationsaufgabe. Während die Männer als Arbeitnehmer und die Kinder als Schüler Sprachkompetenz erwerben können und in das gesellschaftliche Leben eingegliedert werden, müssen den Frauen, die häufig auf eine rein häusliche Rolle beschränkt sind und oftmals ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse und Kontakte leben, Chancen eröffnet werden, die deutsche Sprache zu erlernen.

Die Landesregierung ist gefordert, schulbegleitende Sprachkurse der Volkshochschulen für ausländische Frauen einzuführen.

Die Schule muß besser auf die Aufgabe der Förderung und Integration der Kinder ausländischer Eltern vorbereitet werden. Schulen mit einem hohen Anteil nicht deutschsprachiger Kinder müssen personell und finanziell besser ausgestattet werden. Ziel muß sein, allen Schülern die gleichen Startchancen zu vermitteln. Insbesondere die Hauptschule, die eine wichtige Integrationsaufgabe übernimmt, ist in ihrem Bildungsauftrag zu stärken.

Vor allem über den Arbeitsplatz werden Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft integriert. Daher müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß Ausbildungslücken und geringe berufliche Qualifikation vermieden werden und die Chancen der auf Dauer hier lebenden ausländischen Jugendlichen im deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem gezielt verbessert werden.

Ausländer nehmen am Wirtschaftsgeschehen in Deutschland nicht ausschließlich als Arbeitnehmer oder über die Suche nach abhängiger Beschäftigung teil, sondern zunehmend als Selbständige und Freiberufler.

Die Landesregierung ist aufgefordert, ausländische Unternehmen in die Wirtschaftsstruktur zu integrieren sowie ausländische Existenzgründungen in Deutschland gezielt zu fördern.

Ein wichtiges Element zur Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger wird gegeben sein, wenn die öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz zur religiösen Weiterbildung aller Jugendlichen und damit auch moslemischer Jugendlicher einen Beitrag leisten können. Dabei wird die Schwierigkeit, verantwortliche Ansprechpartner für die deutschen Behörden in den islamischen Religionsgemeinschaften zu finden, nicht übersehen.

Ich habe mich in die Mannschaft von Christoph Böhr integriert, weil mich die SPD mit dem Doppelpass nur einkaufen will.



Die Regierung Beck muß sich um eine intensive Verständigung mit dem Ziel eines verstärkten Zusammenwirkens des Staates mit den islamischen Religionsgemeinschaften in Rheinland-Pfalz bemühen, um Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des islamischen Religionsunterrichts zu diskutieren und zu erreichen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die Voraussetzungen herzustellen für einen der staatlichen Schulaufsicht unterliegenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an den öffentlichen Schulen, z.B. durch Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten für entsprechenden Lehrer an Universitäten.

Es wird nicht verkannt, daß die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Aufgabe ist, durch die man nicht mit raschen Erfolgsmeldungen glänzen kann.

CDU – die Volkspartei im Oldenburger Land

Manfred Carstens wiedergewählt

Zum Landesparteitag hatte der Landesverband Oldenburg 300 Delegierte aus den neun Kreisverbänden des Oldenburger Landes in die „Delmeburg“ in Delmenhorst eingeladen. Landesvorsitzender Manfred Carstens, wurde wiedergewählt und steht damit nun seit 1985 dem Landesverband vor.

Als Gäste nahmen zahlreiche Vertreter der befreundeten Verbände, Gewerkschaften, der Bundes-CDU und der gastgebenden Stadt Delmenhorst teil. Der Landesverband Braunschweig war mit seinem Landesvorsitzenden Heinrich-Wilhelm Ronsöhr vertreten, der die Bonner Regierungsarbeit als Fortführung der Hannover-schen „Chaostage sieht“.

„Delmenhorst in guter Erinnerung zu behalten“, diesen Wunsch richtete die stellvertretende Bürgermeisterin Frau Anke von Wittke-Grothenn an die Teilnehmer und stellte ihre Stadt als attraktives und modernes Mittelzentrum mit rund 80.000 Einwohnern vor. Ein kurzer Blick zurück in die Vergangenheit, der „Stadt des Lino-leums“ und in die Zukunft als Expo-Außenstandort folgte.

Vielleicht von den äußeren Rahmenbedin-gungen angesteckt, die Halle war in den Oldenburger Farben blau und rot ge-schmückt, war die Rede des Landesvor-sitzenden eher mit patriotischen und regio-nalen Schwerpunkten besetzt.

„Verstärkt auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und im Dialog überzeugen, die-ses Ziel hat sich die CDU im Landesver-band Oldenburg für das Jahr 1999, dem

Jahr nach zwei erheblichen Niederlagen, gesteckt.“

Dabei soll die „Vor-Ort-Politik“ ein be-sonderer Aufgabenschwerpunkt sein. „Über eine gute Kommunalpolitik wollen wir die Wählerinnen und Wähler zurück-gewinnen“, so der Landesvorsitzende Manfred Carstens. Die Union will sich auch weiterhin als lebendige Volkspartei im Oldenburger Land darstellen und die Mitgliederwerbung forcieren. „Arbeit

Manfred Carstens: „Wir im Oldenburger Land wollen unsere Pflicht tun und errei-chen, daß die Bürgerinnen und Bürger uns auch weiterhin vertrauen“.

und Wirtschaft sind zwar das wichtigste The-ma, aber die Bürger wollen sich auch zu Hause fühlen, wollen Gerechtigkeit, Vertrau-en und Sinn für das Leben und die Heimat.“

Der jungen Generation soll besondere Be-deutung zukommen. In Zusammenarbeit mit den über sechzig Ortsverbänden in den neun Kreisverbänden will der Landes-vorsitzende die Arbeit der Nachwuchsor-ganisation stärken und viele Jugendliche für die politische Arbeit gewinnen.

Die generationenübergreifende Mitglie-derwerbung wird auch weiterhin über die persönliche Ansprache gestaltet.

Aber auch auf die aktuelle Politik und die Oppositionsrolle ging der Landesvorsit-zende ein. Mit einem Blick auf die ersten

ehundert Regierungstage ist Carstens davon überzeugt, daß die neue Bundesregierung in der Frage der Arbeitsmarktlage leider nicht überzeugen kann. „Aber Schadenfreude ist nicht angesagt, es geht schließlich um unser Vaterland Deutschland“, so Carstens. Er forderte nochmals die dringend notwendige Verlässlichkeit ein. „Für eine notwendige Aufbruchstimmung benötigt die Wirtschaft und gerade der Mittelstand zuverlässige Vorgaben und nicht eine Politik, die seitens der Presse mit den Schulnoten ungenügend und nicht ausreichend betitelt wird.“

Die CDU muß sich fit machen, damit sie als echte Alternative anerkannt wird. Carstens: „Die Hoffnungen, die die Bevölkerung in einen Wechsel gesetzt hat, werden nicht erfüllt. In Bonn regieren Stümper“

Der Unterschriftenaktion gegen die generell doppelte Staatsangehörigkeit räumte der Landesvorsitzende einen Absatz ein.

„Hier ist der Zuspruch innerhalb der Partei und der Bevölkerung weiterhin sehr hoch, und der Landesverband konnte inzwischen 20.000 Unterzeichner melden“, so Carstens. Er rief alle Kreisverbände auf, die Aktionen weiterzuführen und auch auf die Stadt- und Gemeindeverbände auszudehnen.

Ebenfalls Zuspruch erkennt die Partei in der Reihe ihrer „Fach-Veranstaltungen“. Hier will die Oldenburger Union auch künftig eine gewichtige Rolle innerhalb der Bundes-CDU spielen.

Für die Union im Oldenburger Land war der Parteitag gleichzeitig Auftakt zur Europawahl am 13. Juni 1999.

Das Hauptreferat wurde vom Europakandidaten Prof. Dr. Hans-Peter Mayer aus Vechta gehalten. Der zwischenzeitlich bereits als Experte für Europafragen gehandelte ehemalige Staatssekretär zeigte seine Vorstellungen über ein Europa der Bürger auf.



Herzliche Glückwünsche für Manfred Carstens

Auszüge:

- Das Europa der Bürger muß ein Europa des Friedens sein.
- Integration muß unser Losungswort werden.
- Die CDU ist die Partei der Integration.
- Wir wollen ein starkes und handlungsfähiges Europa.
- Kein zentralistisches Europa, ein Europa der Nationen und der Bürger.
- Der einzelne und seine Familie muß sich darin wohlfühlen und dieses Europa anerkennen.
- Forderung nach einem angemessenem Einkommen der bäuerlichen Betriebe.
- Europa darf kein technokratisches Europa werden.
- Deutschland muß verlässlicher Partner bleiben.
- Jetzige Regierung gefährdet, wie zwischenzeitlich auch zu erkennen ist, die neue Währung immer stärker.

Abgeschlossen wurde der Parteitag mit der Antragsberatung. Zu den unterschiedlichsten Bereichen lagen zahlreiche Anträge vor. Es wurde z.B. die sogenannte „Verlässliche Grundschule“ wie auch die Erwachsenenbildung und das niedersächsische Pflegegesetz angesprochen. ■

NRW ist Schlußlicht bei der Hochschulfinanzierung

Die über 500.000 Studenten in Nordrhein-Westfalen werden von der rot-grünen Landesregierung sträflich im Stich gelassen. Dieses Resümee zogen der Generalsekretär der NRW-CDU, Herbert Reul, und der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kuhmichel, anläßlich einer Aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag über die Hochschulpolitik im einwohnerstärksten Bundesland.

Mit der Ankündigung von Ministerin Behler, Personalstellen im Hochschulbereich streichen zu wollen, hat die CDU-Landtagsfraktion zum wiederholten Male die eklatanten Mißstände an den 53 Hochschulen des Landes angeprangert. Die NRW-Landesregierung hat einen dramatischen Investitionsstau von über 5 Milliarden DM im Hochschulbereich zu verantworten und besitzt heute schon die rote Laterne in der Hochschullandschaft in Deutschland. Beide CDU-Politiker unterstrichen, daß notwendige Investitionen in die Zukunft eines effektiven Hochschul-

systems seit Jahren von der rot-grünen Mehrheit in NRW verweigert werden.

Die CDU hat seit mehreren Jahren die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionsmittel in Form eines eigenverantwortlichen Landesprogramms verdeutlicht. So sollen jährlich zusätzlich 250 Millionen DM für die Hochschulen aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen bereitgestellt werden. Rot-Grün hat das bislang ohne Alternative abgelehnt. Das Ergebnis ist, daß es in vielen Hochschulbauten reinregnet und die Bibliotheken und notwendigen Geräte oft hoffnungslos überaltert sind. Obwohl Herr Clement – wie auch sein Vorgänger Rau – immer wieder beteuert, daß Bildung die oberste Priorität besitzt, ist die hochschulpolitische Bilanz vernichtend.

Während Bayern und Baden-Württemberg über 17.700 DM pro Studenten ausgeben und so in die Zukunft investieren, ist ein Student an Rhein und Ruhr der rot-grünen Landesregierung nur 10.900 DM wert. Damit belegt NRW den allerletzten Platz unter den Bundesländern.

Gelungene Aktion

Mit einer Postwurfsendung an alle 97.000 Haushalte des Kreises hat der CDU-Kreisverband Coesfeld Unterschriftenlisten verschickt, auf denen die Bürgerinnen und Bürger ihr Ja zu Integration und Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit bekräftigen konnten.

Der überwältigende Rücklauf von unterzeichneten Unterschriftenlisten be-

stätigt das große Interesse der Bevölkerung und zeigt, daß die CDU mit ihrer Aktion auf der ganzen Linie richtig gelegen hat.

Auch die Öffentlichkeit nahm großen Anteil an der Coesfelder Aktion, und über die Presse wurde allen, die es wissen wollten, klargemacht: Die gewünschte Integration von Ausländern kann nur gelingen, wenn sie, wie es in der Benachrichtigung der Bürger heißt, behutsam und im breiten Konsens erfolgt.

Neuer RCDS-Bundesvorstand gewählt

Am 6./7. März fand die 52. Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Oberwesel bei Mainz statt. Dabei wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt.

Mario Voigt, 22-jähriger Geschichtsstudent aus Jena, ist neuer Bundesvorsitzender. Damit hat der RCDS zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Bundesvorsitzenden aus den neuen Ländern. Daneben wurde Konrad Grütter (26) aus Berlin stellvertretender Bundesvorsitzender; außerdem ergänzt Christoph Ritzer (23) aus Bayreuth als Bundesschatzmeister das neue Team.

Prominente Gäste waren die Generalsekretärin Angela Merkel und der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Christoph Böhr. Merkel betonte in ihrer Rede die Notwendigkeit einer Parteireform und erläuterte in diesem Zusammenhang das neue CDU-Motto „Mitten im Leben“. Böhr stellte die Aufwertung der Bildungspolitik in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Inhaltlich widmete sich die Delegiertenversammlung der Verabschiedung des Europapolitischen Programms. In dem Programm spricht sich der RCDS für die stärkere Anerkennung von Studienleistungen

Mit Mario Voigt wird erstmals ein ostdeutscher Student Bundesvorsitzender des RCDS.

gen auch über Ländergrenzen hinweg und den Ausbau der bestehenden Austauschprogramme aus. Der neugewählte Vorsitzende bekräftigte, daß der RCDS weiter für eine Stärkung und den Ausbau des Sokrates-Programms auch gegen Widerstände anderer Interessenverbände kämpfen werde.

Die Bundesdelegiertenversammlung sprach sich mit großer Mehrheit gegen jede Form von Studiengebühr aus. RCDS-Vorsitzender Mario Voigt: „Wer den Studenten in die Tasche greift, der bekommt den Widerstand des RCDS zu spüren.“



„Neues gestalten – abtauchen gilt nicht!“ – so lautete das Motto der RCDS-Bundesdelegiertenversammlung. Das Foto zeigt Generalsekretärin Angela Merkel bei ihrer Rede und in der vorderen Reihe v.l.n.r. Mario Voigt, den neuen Bundesvorsitzenden, und Christoph Ritzer, den neuen Bundesschatzmeister. In der hinteren Reihe: Das Tagungspräsidium.

Josef Stingl wird 80 Jahre alt

Am 19. März vollendet Professor Dr. h.c. Josef Stingl sein 80. Lebensjahr. Er wurde 1919 als Sohn eines Bäckermeisters in Maria-Kulm/Sudetenland geboren. Nach dem Abitur am Gymnasium in Eger wurde er 1939 Soldat, zuletzt war er Flugzeugführer und Oberleutnant. Nach der Vertreibung arbeitete er in Berlin als Angestellter einer Wohnungsbaugesellschaft und studierte an der Hochschule für Politik, an der er 1951 sein Diplom ablegte.

Frühzeitig schloß er sich der CDU an, für die er 1953 in den Deutschen Bundestag kam und dem er bis 1968 angehörte. Seit 1957 stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner CDU, betätigte er sich nicht nur als Sozialexperte, sondern war zugleich als Deutschland- und Vertriebenen-Politiker aktiv. Er war sowohl Vorsitzender des Sozialpolitischen Arbeitskreises wie auch Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Seit 1964 war Stingl Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße, den er dem Bundesparteitag der CDU 1968 in Berlin zur Umwandlung in die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung empfahl. Bis 1970 war Stingl Vorsitzender dieser CDU/CSU-Bundesvereinigung und gehörte zugleich bis 1973 dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1968 bis 1984 war er Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Daneben wirkte er aktiv im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, leitete den CDU-Bundesausschuß für Sozialpolitik, war Vizepräsident des Deutschen Katholi-



kentages und war Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde.

Jahrelang hielt er Vorlesungen an der Verwaltungshochschule in Speyer, die ihm den Ehrendoktor verlieh. Bereits in seiner aktiven Präsidentenzeit in Nürnberg wurde er Professor an der Universität Bamberg; dort dozierte er über Fragen der Sozialpolitik.

Derzeit gehört er dem deutsch-tschechischen Gesprächsforum und für den „CDU-Ältestenrat“ erneut dem CDU-Bundesvorstand an.

Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU: „Josef Stingl hat in allen Ämtern, die er bekleidete, und bei allen Aufgaben, die er übernahm, nie das Wohl des Ganzen aus den Augen verloren.“

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a= dbp;
p= cdu; s= bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de



● T-Shirt „Smilie“

Preis je Expl.: 12,- DM

100% Baumwolle, in Extra-Qualität 170g, mit doppelten Nähten und schönen Strickbündchen, amerikanischer

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet.

Bestellanschrift

per Post: IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 02524/91 1310

E-Mail:

georg.simon@bertelsmann.de

Farbe weiß:

Bestell-Nr.:

9481 Größe S

9482 Größe M

9483 Größe L

9484 Größe XL

9485 Größe XXL

Farbe schwarz:

Bestell-Nr.:

9459 Größe S

9460 Größe M

9461 Größe L

9462 Größe XL

9463 Größe XXL

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



Bestell-Nr. 9507

Preis je 50 Expl.: 50,- DM

● **CDU-Skatspiel – Deutsches Blatt**

Deutschland wächst zusammen. Doch trotzdem gibt es in verschiedenen Landstrichen Deutschlands Gewohnheiten, die unverändert bleiben. So wird z.B. in manchen Regionen ausschließlich das Skatspiel mit „Deutschem Blatt“ verwendet.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

UiD

9 / 1999